

# N I E D E R S C H R I F T

**über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung  
der Universitätsstadt Marburg  
am Freitag, 14. Oktober 2016, 16:30 Uhr,  
im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss**

## **Anwesenheit:**

<b>SPD:</b>	Böttcher, Büchner, Dehmel, Dinnebier, Hussein, Klusmann, Löwer, Dr. Longo, Lotz-Halilovic, Dr. Malmanesh, Meyer, Rembas, Rink, Sell, Severin, Simon, Weidemann, Wölk
<b>CDU:</b>	Bamberger, Brunnet, Hahn, Heck, Jannasch, Jugel, Kissel, Muth, Pfalz, Piper, Range, Reissner, Schäfer-Jarosz, Schaffner, Seipp, Stötzel
<b>GRÜNE:</b>	Dorn-Rancke, Göttling, Dr. McGovern, Dr. Neuwohner, Nezi, Dr. Perabo, Seitz, Stahl, Dr. Therre-Staal
<b>Marburger Linke:</b>	Bastian, Bauder-Wöhr, Böhm, Köster-Sollwedel, Kula, Schalauske, Schwarz, Sturm
<b>FDP/MBL:</b>	Bokelmann, Ditschler, Selinka, Dr. Uchtmann
<b>BfM:</b>	Frese, Mensing, Suntheim-Pichler

## **Hauptamtlicher Magistrat:**

Oberbürgermeister Dr. Spies  
Bürgermeister Dr. Kahle  
Stadträtin Dr. Weinbach

## **Ehrenamtlicher Magistrat:**

Stadtrat Biver  
Stadtrat Hertlein  
Stadträtin Laßmann  
Stadtrat Ludwig  
Stadträtin Oppermann  
Stadträtin Röhrkohl  
Stadtrat Schombert  
Stadträtin Schulze-Stampe  
Stadtrat Schwindack

## **Entschuldigt:**

Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek

**Schriftführer:** Sprenger, Stabsstelle Kommunale Gremien

**Protokoll:**

**zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden**

Die Stadtverordnetenvorsteherin Marianne Wölk eröffnet die Sitzung um 16:55 Uhr und begrüßt alle Anwesenden, insbesondere die Stadtverordnete Schäfer-Jarosz, die zum 01.10.2016 für den ausgeschiedenen Stadtverordneten Dirk Vaupel nachgerückt ist. Weiterhin begrüßt sie die Vertreterinnen und Vertreter des Kinder- und Jugendparlamentes und die anwesenden Eltern, die gegen die geplante Erhöhung der Kindergartengebühren demonstrieren.

Stadtverordnetenvorsteherin Wölk stellt die form- und fristgerechte Ladung zur heutigen Sitzung und die Beschlussfähigkeit des Hauses fest. Einwände gegen diese Feststellungen werden nicht vorgetragen.

---

**zu 2 Genehmigung der Niederschrift**

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 16. September 2016 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungswünsche werden nicht vorgebracht. Die Niederschrift gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

---

**zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung**

Die Stadtverordnete Kula stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Sitzung kurz zu unterbrechen und den anwesenden Eltern ein Rederecht einzuräumen. Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über diesen Geschäftsordnungsantrag abstimmen. Mit Ja stimmen die Fraktionen B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL und der Vertreter der Piratenpartei, mit Nein die Fraktionen von SPD, CDU und BfM. Der Antrag ist damit abgelehnt.

Es liegen insgesamt 6 Dringlichkeitsanträge für die heutige Sitzung vor. Der Ältestenrat hat in seiner Sitzung am 13.10.2016 vereinbart, 4 dieser Anträge unter TOP 26.1 bis 26.4 auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu nehmen. Ein dringlicher Antrag der Piratenpartei zum Lokschuppenareal wird als Änderungsantrag zu TOP 25 behandelt. Ein weiterer dringlicher Antrag betr. Schließung der Sparkassenfilialen wird nach Zustimmung der antragstellenden Fraktion Marburger Linke in das Verfahren gegeben.

Die Stadtverordnete Bastian stellt den Geschäftsordnungsantrag, Tagesordnungspunkt 25 zu verschieben. Für diesen Antrag stimmen die Fraktion Marburger Linke und der Vertreter der Piratenpartei, dagegen die Fraktionen von SPD, CDU, FDP/MBL, BfM und Teile von B90/Die Grünen. Der Antrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Die Stadtverordnetenvorsteherin trägt sodann die ergänzte Tagesordnung für die heutige Sitzung vor. Einwände dagegen werden nicht erhoben.

Der Stadtverordnete Simon beantragt den Ältestenrat einzuberufen. Die übrigen Fraktionen stimmen dem zu. Die Stadtverordnetenvorsteherin unterbricht daraufhin die Sitzung um 17:15 Uhr und beruft den Ältestenrat ein.

Um 17:28 Uhr wird die Sitzung fortgesetzt. Die Stadtverordnetenvorsteherin erklärt, dass sich die Fraktionen im Ältestenrat darauf verständigt haben, den anwesenden Eltern ein Rederecht einzuräumen. Dafür wird die Sitzung erneut für 6 Minuten unterbrochen und zwei Elternvertreterinnen nehmen Stellung zu der

geplanten Erhöhung der Kindergartengebühren. Im Anschluss sprechen Oberbürgermeister Dr. Spies und Bürgermeister Dr. Kahle für den Magistrat.

---

**zu 5 Bericht des Kinder- und Jugendparlaments**

Die Stadtverordnetenvorsteherin begrüßt die Vertreterinnen und Vertreter des 10. Kinder- und Jugendparlamentes (KiJuPa) und bittet sie um ihren Bericht über ihre Arbeit. Es berichten der Vorsitzende des KiJuPa Manuel Greim, die Schriftführerin Smilla Westenberger und der Beisitzer Naghman Ahmed.

Angesprochen werden einige der zahlreichen Projekte, die das KiJuPa im vergangenen Jahr durchgeführt hat, so z. B. die Schulranzen-Sammelaktion für Sibiu, die Teilnahme an der Spielzeugbörse und die Berlin-Fahrt. Der Vorsitzende wagt auch einen Blick in die Zukunft und spricht insbesondere die anstehende Wahl zum 11. Kinder- und Jugendparlament im März 2017 an, sowie das 20-jährige Jubiläum und die Fortführung der Zusammenarbeit mit geflüchteten Kindern an der Sophie-von-Brabant-Schule.

Nach dem Bericht des Kinder- und Jugendparlamentes unterbricht Stadtverordnetenvorsteherin Wölk die Sitzung für 10 Minuten um dem Oberbürgermeister Gelegenheit zu geben, den Ltd. Magistratsdirektor Helmut Hofmann in den Ruhestand zu verabschieden. Der Oberbürgermeister geht kurz auf den beruflichen Werdegang von Herrn Hofmann ein und richtet einige persönliche Worte an ihn. Er überreicht ihm im Anschluss die Entlassungsurkunde und die Goldene Ehrennadel der Universitätsstadt Marburg für besondere Verdienste.

Herr Hofmann bedankt sich bei den Anwesenden mit einer kurzen Ansprache.

Danach wird die Sitzung fortgesetzt und die Stadtverordnetenvorsteherin ruft die Fragestunde auf.

---

**zu 4 Fragestunde**

Die zur Fragestunde eingereichten kleinen Anfragen Nr. 1 – 15 werden – ebenso wie einzelne Nachfragen – durch die zuständigen Dezernenten wie folgt beantwortet:

**Kleine Anfrage Nr. 01  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. Oktober 2016**

<b>Fragesteller/in:</b>	Jan Schalauske
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

**Frage:**

Der Magistrat wird gebeten, exakt aufzuschlüsseln, wie die Spende des verstorbenen Prof. Dr. Dr. (hc mult.) Reinfried Pohl in Höhe von 4 Millionen Euro aus den Jahren 2011/2012 bisher verwendet bzw. haushaltstechnisch gebucht worden ist und welche zukünftige Verwendung mit den Erben verabredet worden ist und in welcher Form diese Absprachen nach Auffassung des Magistrats haushaltstechnisch umgesetzt werden sollen?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	1 / 10 / 20
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Spies

**Stellungnahme/Antwort:**

Die Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung am 24.02.2012 (Vorlagen-Nr. VO/0964/2012) über die Verwendung der Ende 2011 erfolgten Spende i.H.v. 4.000.000 € unterrichtet worden. Demnach ist die Spende – in Abstimmung mit dem Spender - nach den spenden- und haushaltsrechtlichen Regeln wie folgt verbucht und verwendet worden:

1.000.000 € wurde im Ergebnishaushalt verbucht, davon jeweils 250.000 € in den Produkten

- 240010 Sonstige schulische Aufgaben,
- 241010 Kulturelle Förderung,
- 241020 Kulturelle Veranstaltungen,
- 515610 Kinder- und Jugendförderung;

2.000.000 € wurden im Finanzhaushalt - Investitionen beim Produkt 240010 Sonstige schulische Aufgaben verbucht;

500.000 € wurden weitergeleitet an die Stiftung St. Jakob;

500.000 € wurden weitergeleitet an die Stiftung Heilige Elisabeth.

Die Stadtverordnetenversammlung hat sich bei diesem Beschluss vorbehalten, über eine geänderte Verwendung von Mitteln in Höhe des Gegenwerts der Spende im Rahmen des Spenderwillens, des Spendenrechts und des Haushaltsrechts gesondert zu beschließen.

Wie aus der Presseveröffentlichung im November 2015 auch öffentlich bekannt ist, besteht der Wunsch, einen entsprechenden Betrag für medizinisch-wissenschaftliche Zwecke sowie für die Unterstützung bedürftiger Menschen einzusetzen. Eine eventuelle Umsetzung kann frühestens im Rahmen der Haushaltsberatungen für den Haushalt 2017 erwogen werden.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

**Kleine Anfrage  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. Oktober 2016**

**Nr. 02**

<b>Fragesteller/in:</b>	Dr. Elke Therre-Staal
<b>Fraktion / Partei:</b>	Bündnis90/Die Grünen

**Frage:**

Sind alle Wohnviertel mit Anwohnerparken und Parkausweis in Marburg ausgestattet und wenn nicht, würde das die Parksituation für die Anwohner verbessern?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 33 - Straßenverkehr
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Spies

**Stellungnahme/Antwort:**

Nach der Straßenverkehrsordnung und der dazu erlassenen Verwaltungsvorschrift ist die Anordnung von Bewohnerparken nur dort zulässig, wo mangels privater Stellflächen und auf Grund eines erheblichen allgemeinen Parkdrucks die Bewohner in zumutbarer Entfernung keinen Stellplatz für ihr Fahrzeug finden.

Auf Grundlage dieser rechtlichen Vorgaben wurde seit Anfang der 1990er Jahre in der Marburger Innenstadt Zug um Zug Bewohnerparken von der Schwanallee bis zur Schlosserstraße eingeführt.

In der Oberstadt konnte -mit Ausnahme der Straße Hofstatt- kein Bewohnerparkbereich eingerichtet werden, da die Anzahl der Parkberechtigten die Zahl der zur Verfügung stehenden Parkplätze erheblich übersteigt.

In den Bereichen Ortenberg, Südbahnhof und Am Schwanhof wurde in den letzten Jahren die Einführung von Bewohnerparken angeregt, da die Parkflächen z.B. auch von Bahnpendlern genutzt werden oder sich aus den bestehenden Bewohnerparkbereichen Verdrängungen in die umliegenden Straßen ergeben. Zunächst wurde durch die Straßenverkehrsbehörde jeweils ein Konzept zur Einrichtung eines Bewohnerparkbereichs in dem jeweiligen Bereich erarbeitet. Dieses Konzept wurde dann den Bewohnern in einer Informationsveranstaltung mit allgemeinen Erläuterungen zum Bewohnerparken und zu den im Vorfeld durchgeführten Erhebungen (Anzahl und Belegung der Parkplätze im öffentlichen Verkehrsraum) vorgestellt. Anschließend erfolgten ausführliche Diskussionen zu der jeweiligen Parksituation, aus denen Arbeitsgruppen mit Beteiligung der Bewohner und der Straßenverkehrsbehörde zur weiteren Entwicklung der vorgestellten Konzepte entstanden.

Bei allen Arbeitsgruppen bestand bei den beteiligten Bewohnern abschließend die Meinung, in den genannten Bereichen keine Bewohnerparkregelung einzuführen, da die Nachteile einer derartigen Regelung (Gebühren für den Parkausweis, die Einschränkungen gelten auch für die Besucher der Bewohner, Einschränkungen für Gewerbetreibende) die Vorteile überwiegen.

Auf Wunsch der Bewohner wurde daher keine Bewohnerparkregelung in den angesprochenen Bereichen eingeführt.

Für jedes Gebiet innerhalb der Stadt Marburg ist daher aufgrund der örtlichen Gegebenheiten individuell zu prüfen, ob die Einrichtung eines Bewohnerparkbereiches im Rahmen der rechtlichen Vorgaben möglich und für die Betroffenen sinnvoll ist. In der Stadt Marburg sind die zentralen Wohngebiete in der Innenstadt mit großem Parkdruck mit Bewohnerparken ausgestattet. Diese Regelung hat sich auch bewährt, da vorher besonders im Südviertel der Parkraum ganztägig überwiegend von Beschäftigten genutzt wurde und somit für die Bewohner nicht zur Verfügung stand. In den angrenzenden innenstadtnahen Gebieten bestand bei den Bewohnern jedoch überwiegend die Meinung, dass eine derartige Regelung nicht erforderlich ist.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

<b>Fragesteller/in:</b>	Inge Sturm
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

**Frage:**

Das Semesteranschreiben der Kursleiter\_innen-Vertretung der vhs - Universitätsstadt Marburg wurde im September 2016 veröffentlicht, darin wird die unterschiedliche Bezahlung von Kursleiter\_innen beklagt. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zahlt ab 1.7.2016 pro Unterrichtseinheit (UE) 35 Euro an die Kursleiter\_innen in Deutsch-als-Fremdsprache-Kursen (DAF). Kursleiter\_innen, die nicht in Kursen des BAMF tätig sind, erhalten den Satz von 26 Euro pro UE. Das Bundesamt hat mit seinem Beschluss für Ungerechtigkeit und damit verbundene Empörung gesorgt. Wie gedenkt der Magistrat/Dezernentin die Bezahlung der Kursleiter\_innen gerecht auszugleichen?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 43 Volkshochschule
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Stadträtin Dr. Weinbach

**Stellungnahme/Antwort:**

Die Volkshochschule der Universitätsstadt Marburg hat vom BAMF die Aufgabe übertragen bekommen, die Integrationskurse für Migrantinnen und Migranten für Marburg durchzuführen. Die vhs hat als lizenzierte Einrichtung diesen Auftrag übernommen und führt die vom BAMF finanzierten Integrationskurse durch.

Da diese Kurse nicht von der Stadt Marburg finanziert werden, sondern vom BAMF, gilt hier nicht die Honorarordnung (und auch nicht die Gebührenordnung) der vhs Marburg.

Die Kursleiterinnen und Kursleiter, die in diesen Integrationskursen eingesetzt werden, müssen spezifisch zertifiziert sein, entsprechende Qualifikationen (die der Auftraggeber – BAMF) festlegt) nachweisen und neben ihrem Unterricht vorgeschriebene Aufgaben erfüllen (Anwesenheitskontrollen, Berechtigungsüberprüfung, Prüfungsvorbereitung usw.).

Für alle anderen Kursleiterinnen und Kursleiter gilt die Honorarordnung der vhs Marburg, d.h. für alle Kursleitenden über alle Programmbereiche hinweg, werden die gleichen Honorare gezahlt, die durch die Gebühreneinnahmen gedeckt sind.

Dr. Kerstin Weinbach  
Stadträtin

**Kleine Anfrage  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. Oktober 2016**

**Nr. 04**

<b>Fragesteller/in:</b>	Christoph Ditschler
<b>Fraktion / Partei:</b>	FDP/MBL

**Frage:**

Bei der Kreistagssitzung vom 16.09.2016 sprach der Kreistagsvorsitzende von einem Brief des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Spies an den Regierungspräsidenten. Darin sei Beschwerde über die Wahlfeststellung des Kreistages zur Wahl des Verwaltungsrates der Kreissparkasse Marburg-Biedenkopf geführt worden. Kann Herr Oberbürgermeister Dr. Spies Auskunft

über den Inhalt des zwischenzeitlich evtl. zugegangenen Antwortschreibens des RP geben?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 10 - Personal, Organisations- und Beteiligungsmanagement
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Spies

**Stellungnahme/Antwort:**

Unser Schreiben vom 12.07.2016 an das RP mit der Bitte um sparkassenaufsichtsrechtliche Überprüfung der Wahl der Mitglieder für den Verwaltungsrat durch den Kreistag des Landkreises Marburg-Biedenkopf wurde am 01.09.2016 beantwortet. Hintergrund hierfür war der Umstand, dass der Kreistag am 01.07.2016 entgegen der im Fusionsvertrag der ehemals selbständigen Sparkassen vom 04.10.1990 erfolgten Vereinbarung vier – anstatt drei – der insgesamt sechs zu wählenden Verwaltungsratsmitglieder gewählt hat, die einem Organ des Trägers – hier dem Kreistag - angehören. Das RP teilte mit Schreiben vom 01.09.2016 mit, dass der Landkreis Marburg-Biedenkopf auf die Anforderung einer Stellungnahme des RP reagiert und mitgeteilt hat, dass in der nächsten Kreistagssitzung am 16.09.16 eine Neufeststellung des Wahlergebnisses vorgenommen wird, die dann zum Ergebnis haben wird, dass nur noch 3 gewählte Mitglieder dem Kreistag angehören. Somit können wir dann, wie im Fusionsvertrag vereinbart, ebenfalls ein Verwaltungsratsmitglied wählen, welches gleichzeitig Mitglied eines Organes der Stadt ist. Das RP sieht daher derzeit keinerlei Veranlassung für sparkassenaufsichtsrechtliche Maßnahmen.

Mittlerweile ist die vom Landkreis Marburg-Biedenkopf angekündigte Neufeststellung des Wahlergebnisses entsprechend erfolgt.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

**Kleine Anfrage  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. Oktober 2016**

**Nr. 05**

<b>Fragesteller/in:</b>	Christoph Ditschler
<b>Fraktion / Partei:</b>	FDP/MBL

**Frage:**

Erhält der ehemalige Geschäftsführer der Stadtwerke Marburg Immobilien GmbH, Herr T. Schneider, eine Abfindung? Falls ja: In welcher Gesellschaft wird diese Abfindung verbucht?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 10 - Personal, Organisations- und Beteiligungsmanagement
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Dr. Kahle

**Stellungnahme/Antwort:**

Hinsichtlich der Vergütung der Geschäftsführung der Stadtwerke Marburg Immobilien GmbH wird auf den jeweiligen Beteiligungsbericht der Universitätsstadt Marburg verwiesen.

Dem ehemaligen Geschäftsführer werden von Seiten der Stadtwerke die vertraglich geschuldeten Leistungen zum Vertragsende gezahlt. Diese werden sachgerecht verbucht.

Dr. Franz Kahle  
Bürgermeister

**Kleine Anfrage  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. Oktober 2016**

**Nr. 06**

<b>Fragesteller/in:</b>	Dr. Elke Therre-Staal
<b>Fraktion / Partei:</b>	Bündnis90/Die Grünen

**Frage:**

Der Magistrat wird gebeten, Auskunft zu erteilen, ob das leerstehende Gebäude der ehemaligen Post Universitätsstrasse 50 ggf. als barrierefreier Sitzungsort für den Ortsbeirat Marburg-Südviertel genutzt werden könnte.

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 62 - Gebäudewirtschaft und Grundstücksverkehr
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Dr. Kahle

**Stellungnahme/Antwort:**

In Anbetracht der Haushaltslage ist es nicht möglich, Räumlichkeiten in der Universitätsstraße 50 für den Ortsbeirat anzumieten. Es stehen allen städtischen Mitarbeitern für dienstliche Veranstaltungen die barrierefrei zu erreichenden Besprechungsräume in der Friedrichstr. 36 zur Verfügung.

Dr. Franz Kahle  
Bürgermeister

**Kleine Anfrage  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. Oktober 2016**

**Nr. 07**

<b>Fragesteller/in:</b>	Dominic Dehmel
<b>Fraktion / Partei:</b>	SPD

**Frage:**

Der Magistrat wird gebeten in einer Übersicht darüber Auskunft zu geben, wie teuer die Marburger Parkhäuser sind (Stundenpreis und Tageshöchstpreis).

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 33 - Straßenverkehr
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Spies

**Stellungnahme/Antwort:**

Bezeichnung	Örtlichkeit	Gebühren pro Std./Tag/Monat	Anmerkung
Oberstadt-parkhaus	Pilgrimstein	Stunde: 1,00 € Tag: 14,00 € Monat: nein	-



		Dauermieter 70,00 €/Monat	
Parkhaus Nord	Furthstraße	Stunde: 1,30 € Tag: 10,30 € Monat: nein Dauermieter 60,00 €/Monat	-
Tiefgarage Lahncenter	Biegenstraße	k. A.	lt. WelcomeHotel keine Auskunft möglich
Parkhaus Sparkasse	Wilhelmstraße	1. Stunde: 0,30 € pro 1/2 h 2. Stunde: 1,50 € pro 1/2 h keine Dauermieter	Einfahrt nur mit Bankkarte; überwiegend für Bankkunden vorgesehen
Parkhaus Ahrens	Wilhelmstraße	1. Stunde: 0,50 € 2. Stunde: 1,50 € jede weitere Std. 1 €; Tageshöchstsatz 7€	-
City-Parkhaus	Schulstraße	1. Stunde: 1,00 €; 2. Stunde: 1,50 €; 3. Stunde: 2,50 €; jede weitere Stunde 1,50 € Dauermieter 50,00 €/Monat zzgl Ust.	Parkhaus wird ab Jan/Feb 2017 ca. 2 Jahre lang saniert und ist währenddessen geschlossen
Tiefgarage Schlossbergcenter	Universitätsstraße	k. A.	Telefonat mit Leitung des Physikums: Das Parkhaus ist für Mitglieder des Physikums vorgesehen, es werden keine Daten bekannt gegeben
Parkhaus Erlenring-Center	Erlenring	k. A.	keine Rückmeldung erhalten; telefonisch keine Erreichbarkeit gegeben (Warteschleife)
Parkhaus Marktdreieck	Erlenring	Stunde: 1,20 € Tag: 7,20 € Monat: nein Dauermieter 57,00 €/Monat	-
Parkdeck Tegut	Ketzerbach	k. A.	nur für Tegut-Kundschaft
Parkdeck Barfüßertor	Barfüßerstraße	Stunde: 1,60 € Tag: nein Monat: nein Dauermieter 75,00 €/Monat	-
Parkdeck Hauptbahnhof	Krummbogen	Stunde: 0,80 € Tag: 6,00 € Monat: 35,00 € Dauermieter 35,00 €/Monat	-

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

**Kleine Anfrage  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. Oktober 2016**

**Nr. 08**

<b>Fragesteller/in:</b>	Dominic Dehmel
<b>Fraktion / Partei:</b>	SPD

**Frage:**

Der Magistrat wird gebeten darüber Auskunft zu geben, wann die Parkplätze in der Uferstraße neu markiert werden, da dort einzelne Autofahrer durch die fehlenden Markierungen zwei Parkplätze einnehmen?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 33 - Straßenverkehr
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Spies

**Stellungnahme/Antwort:**

Die Parkmarkierungen in der Uferstraße sind teilweise nur noch schwach erkennbar. Im Rahmen der üblichen Markierungserneuerungen ist eine Neumarkierung für das Frühjahr 2017 vorgesehen. Eine Neumarkierung zum jetzigen Zeitpunkt wäre unwirtschaftlich, da ein erhöhter Arbeitsaufwand für die Beseitigung des Laubes erforderlich und die Haltbarkeit der Markierung aufgrund der Witterung (Temperatur und Feuchtigkeit) deutlich geringer wären.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

**Kleine Anfrage  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. Oktober 2016**

**Nr. 09**

<b>Fragesteller/in:</b>	Uli Severin
<b>Fraktion / Partei:</b>	SPD

**Frage:**

Welche Baumaßnahmen sind wann für die Modernisierung des Jägertunnels geplant und wann wird der „neue Jägertunnel“ wieder in Betrieb genommen?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 66 - Tiefbau
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Dr. Kahle

**Stellungnahme/Antwort:**

Es ist vorgesehen im Rahmen der privaten Bebauung des Geländes zwischen Neue Kasseler Straße und Bahngelände die Situation zur Nutzung des Jägertunnels im Bereich der westlichen Zugangsrampe und sofern von der Stadt finanzierbar auch im Tunnel selbst zu verbessern.

Dazu sollen vom privaten Bauträger die Tunneldecke auf einer Länge von 7,70 m Länge am westlichen Tunnelportal entfernt, der Belag bis zur verbleibenden

Tunneldecke durch einen helleren ersetzt, die Wangen der Rampe gesäubert und mit einem neuen Geländer versehen werden. Dabei ist geplant die Rampenneigung zur Neuen Kasseler Straße, soweit es ohne größere Umbauten möglich ist, von derzeit 8 % auf ca. 6,0 bis 6,5 % ohne Anordnung von Zwischenpodesten zu reduzieren. Sofern von der Stadt finanzierbar, werden durch den privaten Bauträger zusätzlich der Belag im Tunnel sowie die Beleuchtung erneuert und die Tunnelwände gestrichen bzw. mit Platten verkleidet.

Die Umsetzung der Maßnahmen ist in der 2. Jahreshälfte 2017 geplant und erfordert kurz-zeitige Sperrungen, da ansonsten versucht werden soll, den Tunnel weitgehend halbseitig in Betrieb zu halten.

Dr. Franz Kahle  
Bürgermeister

**Kleine Anfrage** **Nr. 10**  
**zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. Oktober 2016**

<b>Fragesteller/in:</b>	Uli Severin
<b>Fraktion / Partei:</b>	SPD

**Frage:**

Wird die Stadt Marburg ihren Bürger/innen zur Bundestagswahl im kommenden Jahr barrierefreie Wahlbüros zur Verfügung stellen und welche Maßnahme sind dazu noch notwendig?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 10 - Personal, Organisations- und Beteiligungsmanagement
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Spies

**Stellungnahme/Antwort:**

Die Universitätsstadt Marburg ist in 74 Wahlbezirke unterteilt. Auch für die im Herbst 2017 stattfindende Bundestagswahl wird in jedem dieser Wahlbezirke ein Wahllokal eingerichtet werden.

Nach den wahlrechtlichen Vorschriften, z. B. § 46 Bundeswahlordnung, sollen Wahlräume, soweit möglich, in Gemeindegebäuden zur Verfügung gestellt werden. Die Wahlräume sollen nach den örtlichen Verhältnissen so ausgewählt und eingerichtet werden, dass allen Wahlberechtigten, insbesondere behinderten und anderen Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigung, die Teilnahme an der Wahl möglichst erleichtert wird.

Uns ist es bereits in 67 Wahlbezirken gelungen, geeignete Räumlichkeiten zu finden, in denen barrierefrei zugängliche Wahllokale eingerichtet werden können. Leider ist es nicht immer möglich, Räumlichkeiten in den klar abgegrenzten Wahlbezirken zu finden, die die Kriterien eines Wahllokales erfüllen und darüber hinaus auch barrierefrei sind. Grundsätzlich ist es selbstverständlich unser Bestreben, in allen 74 Wahlbezirken barrierefrei zugängliche Wahllokale einzurichten.

*(Ergänzung für den Fall der Nachfrage: Nicht-barrierefrei waren die Wahllokale Altstadt II – Altenbegegnungsstätte der Arbeiterwohlfahrt, Altstadt IV – Haus der*

*Ketzerbachgesellschaft, Grassenberg II – Pharmazeutisch-Chemisches-Institut, Hansenhaus II – Pfarrei Liebfrauen, Oberer Richtsberg I – Evangelische Kindertagesstätte, Schröck I – Kulturscheune Hingilskoots, Cappel V – Hotel-Restaurant Carle)*

Bei der Einrichtung von Wahllokalen stehen wir auch in Kontakt und in der Abstimmung mit dem Behindertenbeirat der Universitätsstadt Marburg.

Darüber hinaus hat natürlich jede Wählerin und jeder Wähler die Möglichkeit per Briefwahl oder mit einem Wahlschein in einem beliebigen Wahllokal des Wahlkreises zu wählen.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

**Kleine Anfrage** **Nr. 11**  
**zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. Oktober 2016**

<b>Fragesteller/in:</b>	Sonja Sell
<b>Fraktion / Partei:</b>	SPD

**Frage:**

Mit Schreiben vom 22.09.2016 hat sich eine Bürgerinitiative aus Michelbach wegen der überfüllten Busse der Linie 15 vor dem morgendlichen Schulbeginn an den Magistrat gewandt. Kann der Magistrat Auskunft darüber erteilen:

- was die Ursachen für die Problematik sind?
- was die Stadtwerke bereits unternommen haben?
- wie sich der Sachstand nun aktuell darstellt?
- ob und welche kurzfristige unbürokratische Abhilfe möglich ist?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	Stadtwerke Marburg
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Spies

**Stellungnahme/Antwort:**

Das o.g. Schreiben wurde über den Oberbürgermeister am 26.09.2016 an die Stadtwerke weitergeleitet. Die folgenden Maßnahmen wurden danach eingeleitet:

- Begleitung der genannten Fahrt der Linie 15 07:10 Uhr ab Michelbach vom 27.09. – 04.10.2016 durch die Fahrdienstleitung
- Einsatz eines viertürigen Gelenkbusses mit automatischer Zählleinrichtung
- Information der Schülerkontaktstelle
- bereits vorab wurde ein zweiter Buszug (12m-Bus mit Anhänger) mit einer Kapazität von bis zu 200 Fahrgästen bestellt

Die Ursache für die Problematik könnte die ungleichmäßige Verteilung der Fahrgäste im Bus hier insbesondere an den Türen und eine stark schwankende Nachfrage für den Schulbusdienst sein. Unterstützt wird diese Annahme durch die Beobachtungen des Fahrdienstleiters und unserer Mitarbeiterin der Schülerkontaktstelle. Die automatische Fahrgastzählung hat bei 6 erhobenen Fahrten einen Besetzungsgrad von 72 bis maximal 91 Fahrgästen bei einer Kapazität von ca. 120 Fahrgastplätzen ergeben. Eine objektive Überfüllung des Fahrzeuges ist damit nicht gegeben.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

**Kleine Anfrage  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. Oktober 2016**

**Nr. 12**

<b>Fragesteller/in:</b>	Jonathan Schwarz
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

**Frage:**

Die Berliner Verkehrsgesellschaft erstattet eine Strafanzeige wegen des »Erschleichens von Leistungen«, wenn eine Person innerhalb von zwei Jahren bei Fahrscheinkontrollen dreimal keinen Fahrschein vorweisen kann.

Gibt es eine vergleichbare Praxis in Marburg? Wenn ja, welche und wieviele Sanktionsmaßnahmen wurden wegen „Schwarzfahrens“ ergriffen?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	Stadtwerke Marburg
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Spies

**Stellungnahme/Antwort:**

Die Stadtwerke Marburg stellen Strafantrag, wenn der Kunde bei der Kontrolle zum zweiten Mal keinen gültigen Fahrausweis vorzeigen kann und offene Forderungen für ein erhöhtes Beförderungsentgelt nicht gezahlt hat. Im Jahr 2015 wurden von den Stadtwerken Marburg in 20 Fällen Strafanträge gestellt.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

**Kleine Anfrage  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. Oktober 2016**

**Nr. 13**

<b>Fragesteller/in:</b>	Jonathan Schwarz
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

**Frage:**

Wie hoch sind die jährlichen Kosten, die durch Kontrolle und Vertrieb von Fahrkarten für den ÖPNV entstehen? Darin inbegriffen sind die Anschaffung und Wartung von Ticketautomaten, Papier, Druckkosten sowie Ausgaben für die Wartung der Fahrscheinkontrollgeräte, Lohnkosten für den Verkauf sowie die Kontrolle der Fahrscheine.

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	Stadtwerke Marburg
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Spies

**Stellungnahme/Antwort:**

Kosten für „Anschaffung und Wartung von Ticketautomaten“ gibt es in Marburg nicht, weil wir solche Automaten gar nicht haben.

„Ausgaben für die Wartung der Fahrscheinkontrollgeräte“ gibt es ebenfalls nicht, weil wir auch keine eigenen Geräte dafür haben.

Die Kosten für Kontrolle und Vertrieb belaufen sich auf ca. 90 T€ pro Jahr für die

RMV-Fahrscheinrollen und für den externen Fahrkartenprüfdienst.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

**Kleine Anfrage  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. Oktober 2016**

**Nr. 14**

<b>Fragesteller/in:</b>	Henning Köster-Sollwedel
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

**Frage:**

An wie vielen Stellen und auf wie viel km Strecke etwa hat der Magistrat dem Fahrradverkehr zur Verbesserung der Beachtung von Fahrradstreifen durch den PKW-Verkehr und der Sicherheit des Fahrradverkehrs bisher einen ‚roten Teppich‘ ausgelegt und wo sind weitere geplant?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 66 - Tiefbau
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Dr. Kahle

**Stellungnahme/Antwort:**

In den letzten Jahren wurden an 16 Standorten im Stadtgebiet von Marburg Schutzstreifen und Radfahrstreifen zur Erhöhung der Sicherheit von Radfahrern rot markiert. Die rote Markierung wird an Einmündungen zu Nebenstraßen vorgesehen, um den Kfz-Verkehr auf die geradeausfahrenden Radfahrer aufmerksam zu machen.

Die Straßenverkehrsbehörde prüft gemeinsam mit dem Fachdienst 66 und in Abstimmung mit dem Radverkehrsbeirat weitere Standorte, an denen eine Rotmarkierung zur Erhöhung der Sicherheit von Radfahrer beitragen kann. Diese weiteren Standorte werden im Rahmen der für Markierungen zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel nach und nach umgesetzt.

1. Erlenring/ Zufahrt B3 - 30 m
2. Erlenring/ Wilhelm-Röpke-Straße - 120 m
3. Erlenring/ Weintrautstraße - 20 m
4. Wilhelmsplatz - 55 m
5. Schwanallee/ Leopold-Lucas-Straße - 35 m
6. Schwanallee/ Am Schwanhof - 30 m
7. Konrad-Adenauer-Brücke - 100 m
8. Cölber Straße - 90 m
9. Elisabethbrücke/ Bahnhof - 60 m
10. Beltershäuser Straße/ Im Lichtenholz - 20 m
11. Beltershäuser Straße/ Einfahrt -Tegut-Markt - 15 m
12. Cappeler Straße/ Beltershäuser Straße - 120 m
13. Neue Kasseler Straße/Ginseldorfer Weg - 40 m
14. Großseelheimer Straße - 100 m
15. Am Krekel - 12 m
16. Deutschhausstraße - 75 m

Dr. Franz Kahle  
Bürgermeister

**Kleine Anfrage  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. Oktober 2016**

**Nr. 15**

<b>Fragesteller/in:</b>	Henning Köster-Sollwedel
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

**Frage:**

Warum macht der Magistrat aus den Themen und den Beschlüssen des Radverkehrsbeirats weiterhin ein Staatsgeheimnis, fördert damit eine mangelhafte Koordination der Arbeit des Verkehrsausschusses (UEV) und dieses Gremiums und behindert damit letztlich die Effizienz der jeweiligen Bemühungen um die Verbesserung der Situation des Radverkehrs (Verweigerung der Protokolle des Beirats für den UEV)?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 15 - Referat für Stadt-, Regional- und Wirtschaftsentwicklung
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Spies

**Stellungnahme/Antwort**

Der Radverkehrsbeirat wurde 1990 von Oberbürgermeister Dr. Hanno Drechsler als verwaltungsinterne Arbeitsgruppe vergleichbar zu anderen internen AG`s (z.B. AG Verkehr) ins Leben gerufen, um innerhalb der Verwaltung Fragestellungen des Radverkehrs ein größeres Gewicht zu geben. Um die fachliche Basis zu verbreitern, wurden von Beginn an auch externe Fachleute (z.B. ADFC, VCD) zu den Sitzungen eingeladen. Da es sich um eine verwaltungsinterne AG handelt, werden die Protokolle nicht an die städtischen Gremien weitergereicht oder veröffentlicht.

Dabei ist die Bezeichnung „Beirat“ sicher etwas irreführend, denn es handelt sich mitnichten um einen solchen. Weder gibt es einen Gründungsbeschluss irgendeines städtischen Gremiums oder eine Festsetzung/Satzung im Marburger Ortsrecht dazu, noch eine Geschäftsordnung oder eine Wahl von Mitgliedern des Radverkehrsbeirates durch die Stadtverordnetenversammlung oder ein anderes städtisches Gremium, so dass dem Radverkehrsbeirat auch jegliche formale Kriterien fehlen, die zu einer Einstufung als tatsächlicher Beirat führen würden u.a. mit der Folge der Weiterleitung von Protokollen. Im Übrigen gibt es eine Reihe verwaltungsinterner AG`s, deren Protokolle sämtlich nicht an Ausschüsse weitergereicht werden.

Eine Behinderung der Arbeit des Ausschusses für Umwelt, Energie und Verkehr ist nicht zu befürchten, da bspw. zu Anfragen, Anträgen oder aktuellen Themen, zu denen der verwaltungsinterne Radverkehrsbeirat um eine Stellungnahme oder Empfehlung (nicht Beschluss!) gebeten wird, den zuständigen städtischen Gremien ein Protokollauszug zugeleitet wird.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

Die Stadtverordnetenvorsteherin erklärt die Fragestunde damit für beendet. Die schriftlichen Antworten auf die kleinen Anfragen Nr. 16 – 22 werden nach Beendigung der Fragestunde direkt an die Fragesteller/innen verteilt. Sie sind

dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Während der Fragestunde hatte der stellv. Stadtverordnetenvorsteher Heck von 18:17 Uhr bis 18:25 Uhr die Sitzungsleitung inne.

---

- zu 6 Wahl von Mitgliedern der Betriebskommission des Eigenbetriebes "Dienstleistungsbetrieb der Stadt Marburg" (DBM)**  
**Vorlage: VO/4680/2016**  
Die Vorlage wird durch den Magistrat zurückgestellt.
- 

- zu 7 Wahl von Mitgliedern in den Aufsichtsrat der Marburger Altenhilfe St. Jakob gGmbH**  
**Vorlage: VO/4684/2016**  
Die Vorlage wird durch den Magistrat zurückgestellt.
- 

- zu 8 Verwaltungsrat der Sparkasse Marburg-Biedenkopf**  
**hier: Wahl von zwei Mitgliedern**  
**Vorlage: VO/4743/2016**

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Kissel. Dem Wahlvorbereitungsausschuss lagen für die zu wählenden zwei Mitglieder für den Verwaltungsrat der Sparkasse Marburg-Biedenkopf folgende Wahlvorschläge vor:

**SPD / BfM**

Hellkötter-Backes, Christine  
Simon, Matthias  
Dinnebier, Kirsten  
Löwer, Heinrich  
Wölk, Marianne  
Severin, Ulrich  
Sell, Sonja  
Rink, Steffen  
Lotz-Halilovic, Erika  
Hussein, Schaker  
Böttcher, Bettina  
Dr. Malmanesh, Mohammad  
Rembas, Anna  
Dehmel, Dominic  
Klusmann, Alexandra  
Büchner, Thorsten  
Weidemann, Gerald  
Meyer, Uwe  
Dr. Longo, Fabio

**CDU / FDP/MBL**

Oberhansl, Stefan  
Limbacher, Rolph  
Alle übrigen Mitglieder der Fraktionen von CDU und FDP/MBL

**Bündnis 90/Die Grünen**

Göttling, Dietmar



Alle übrigen Mitglieder Fraktion

Wie in der ausgedruckten Vorlage ausgeführt findet in der Vertretungskörperschaft des Trägers oder deren zuständigem Ausschuss eine Anhörung der zur Wahl stehenden Personen statt (§ 5b, Abs. 2 Hessisches Sparkassengesetz). Damit soll der Vertretungskörperschaft des Trägers oder dem zuständigen Ausschuss die Möglichkeit gegeben werden, die gesetzlich neu geregelten Anforderungen an die Sachkunde von Verwaltungsratsmitgliedern sowie deren Eignung bei der Vorstellung der zur Wahl stehenden Personen einschätzen zu können.

Diese Anhörung hat hinsichtlich der Bewerber Stefan Oberhansl und Dietmar Götting stattgefunden. Die Bewerberin Christine Hellkötter-Backes konnte aus nicht verschiebbaren familiären Gründen nicht angehört werden. Die Stadtverordnete Dinnebier verlas im Ausschuss den persönlichen Werdegang der Bewerberin und gab einige ergänzende Informationen zu ihrer Person.

Der Wahlvorbereitungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Mitglieder des Verwaltungsrates nach den Regeln des Verhältniswahlrechts schriftlich und geheim zu wählen.

Die Stadtverordnetenvorsteherin ruft die Stadtverordneten zur schriftlichen und geheimen Wahl mit vorbereiteten Stimmzetteln auf. Als Wahlhelfer sind tätig die Stadtverordneten Klusmann, Hahn und Bauder-Wöhr.

Nach Abschluss des schriftlichen und geheimen Wahlganges gibt die Stadtverordnetenvorsteherin das Ergebnis bekannt:

An der Wahl haben sich beteiligt: 59 Stadtverordnete

gültige Stimmen: 57  
ungültige Stimmen: 2

Von den gültigen Stimmen entfielen auf den Wahlvorschlag der

SPD / BfM:	20 Stimmen
CDU / FDP/MBL:	20 Stimmen
Bündnis 90/Die Grünen:	17 Stimmen

**Folglich sind in den Verwaltungsrat der Sparkasse Marburg-Biedenkopf gewählt:**

**Aus dem Wahlvorschlag von SPD / BfM: Christine Hellkötter-Backes**  
**Aus dem Wahlvorschlag von CDU / FDP/MBL: Stefan Oberhansl**

---

zu 9

**Wahl von Mitgliedern des Aufsichtsrates der Stadtwerke Marburg GmbH**  
**Vorlage: VO/4744/2016**

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Kissel. Zu wählen sind 5 Mitglieder in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Marburg GmbH. Dem Wahlvorbereitungsausschuss lagen in seiner heutigen Sitzung folgende Wahlvorschläge vor:

**SPD / BfM**

Sell, Sonja  
Dr. Longo, Fabio  
Alle übrigen Mitglieder der Fraktionen von SPD und BfM.

**CDU / FDP/MBL**

Bamberger, Dirk  
Pfalz, Roger  
Heck, Hermann  
Seipp, Jens  
Alle übrigen Mitglieder der Fraktionen von CDU und FDP/MBL.

**B90/Die Grünen**

Dr. Baumann, Petra  
Alle übrigen Mitglieder der Fraktion B90/Die Grünen.

**Marburger Linke**

Jan Schalauske  
Alle übrigen Mitglieder der Fraktion Marburger Linke.

Der Wahlvorbereitungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Wahlen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl schriftlich und geheim durchzuführen.

Die Stadtverordnetenvorsteherin ruft alle Stadtverordneten zur schriftlichen und geheimen Wahl mit vorbereiteten Stimmzetteln auf. Als Wahlhelfer/innen sind die Stadtverordneten Klusmann, Hahn und Bauder-Wöhr tätig.

Nach Beendigung des Wahlgangs und Auszählung der Stimmen gibt die Stadtverordnetenvorsteherin das Ergebnis bekannt.

Abgegebene Stimmen: 59  
Ungültige Stimmen: 2

Es entfallen

auf den Wahlvorschlag von SPD / BfM	21 Stimmen
auf den Wahlvorschlag von CDU / FDP/MBL	20 Stimmen
auf den Wahlvorschlag B90/Die Grünen	8 Stimmen
auf den Wahlvorschlag Marburger Linke	8 Stimmen

Zwischen dem Wahlvorschlag von B90/Die Grünen und Marburger Linke ist somit ein Losentscheid erforderlich. Das Los wird durch die Stadtverordnetenvorsteherin gezogen, es fällt auf den Wahlvorschlag der Marburger Linke.

Damit ergibt sich folgende Sitzverteilung:

SPD / BfM	2 Sitze
CDU / FDP/MBL	2 Sitze
B90/Die Grünen	0 Sitze
Marburger Linke	1 Sitz

Folglich sind in den Aufsichtsrat der Stadtwerke gewählt:

**Sell, Sonja (SPD)**  
**Dr. Longo, Fabio (SPD)**  
**Bamberger, Dirk (CDU)**

**Pfalz, Roger (CDU)**  
**Schalauske, Jan (Marburger Linke)**

---

**zu 10 Wahl von Mitgliedern in den Aufsichtsrat der Stadtentwicklungsgesellschaft Marburg mbH (SEG)**  
**Vorlage: VO/4746/2016**  
Die Vorlage wird durch den Magistrat zurückgestellt.

---

**zu 11 Wahl von Mitgliedern in den Aufsichtsrat der Marburg Stadt und Land Tourismus GmbH**  
**Vorlage: VO/4747/2016**  
Die Vorlage wird durch den Magistrat zurückgestellt.

---

**zu 12 Wahl des stellvertretenden Mitgliedes für die Regionalversammlung Mittelhessen**  
**Vorlage: VO/5001/2016**  
Die Vorlage wird durch den Magistrat zurückgestellt.

---

**zu 13 Wahlvorschlag zur Wahl von 6 Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses, die von den im Bereich des Jugendamtes wirkenden und anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe vorgeschlagen werden**  
**Vorlage: VO/4909/2016**  
Die Vorlage wurde im Wahlvorbereitungsausschuss zurückgestellt.

---

**zu 14 Wahl von Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses**  
**Vorlage: VO/4910/2016**  
Die Vorlage wurde im Wahlvorbereitungsausschuss zurückgestellt.

---

**zu 15 Benennung und Wahl von Mitgliedern des Beirates der Volkshochschule**  
**Vorlage: VO/4916/2016**

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Kissel. Dem Wahlvorbereitungsausschuss lagen in seiner heutigen Sitzung für die zu wählenden Mitglieder folgende Wahlvorschläge der Fraktionen vor:

1. Benennung von 8 Stadtverordneten

**SPD / BfM**

Dr. Malmanesh, Mohammad  
Löwer, Heinrich  
Klusmann, Alexandra  
Alle übrigen Mitglieder der Fraktionen von SPD und BfM.

**CDU / FDP/MBL**

Schaffner, Karin  
Schäfer-Jarosz, Sabine  
Ditschler, Christoph  
Alle übrige Mitglieder der Fraktionen von CDU und FDP/MBL.

**B90/Die Grünen**

Seitz, Hans-Werner

Alle übrigen Mitglieder der Fraktion B90/Die Grünen.

**Marburger Linke**

Schwarz, Jonathan

Alle übrigen Mitglieder der Fraktion Marburger Linke.

2. eine/einen örtliche/örtlichen Vertreterin/Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes

**CDU / FDP/MBL**

Linde, Godela

3. eine/einen örtliche/örtlichen Vertreterin/Vertreter der gewerblichen Wirtschaft

**CDU / FDP/MBL**

Opitz, Karl-Michael

4. je eine/einen Vertreterin/Vertreter der evangelischen und katholischen Kirche

**CDU / FDP/MBL**

Vertreter ev. Kirche:

Abraham, Kai Stellv.: Ristow, Christine

Vertreter kath. Kirche:

Es liegt kein Wahlvorschlag vor.

5. 2 Vertreterinnen/Vertreter der Philipps-Universität, davon eine/ein Lehrende/Lehrender der Studiengangseinheit Erziehungswissenschaften

**CDU / FDP/MBL**

Prof. Dr. Seitter, Wolfgang

Stellv.: Prof. Dr. Rohrmann, Eckhardt

1. eine/einen örtliche/örtlichen Vertreterin/Vertreter (Lehrerin/Lehrer/ der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft - Fachgruppe Erwachsenenbildung, Berufsschule oder Gymnasien -

**CDU / FDP/MBL**

Lange, Uwe

Stellv.: Kopp-Ruthner, Hille

6. eine/einen örtliche/örtlichen Vertreterin/Vertreter (Lehrerin/Lehrer) des Deutschen Lehrerverbandes

**CDU / FDP/MBL**

Nödel, Ulrike

Stellv.: Blaufuß, Joachim

Zum Verfahren empfiehlt der Wahlvorbereitungsausschuss der Stadtverordnetenversammlung die 8 Stadtverordneten im Wege des Benennungsverfahrens zu entsenden und die übrigen Positionen aufgrund der vorliegenden Wahlvorschläge zu wählen.

**Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Verfahren einstimmig zu. Somit werden die folgenden von den Fraktionen benannten 8 Stadtverordneten als Mitglieder in den Beirat der Volkshochschule entsandt:**

<b>Dr. Malmanesh, Mohammad</b>	<b>(SPD)</b>
<b>Löwer, Heinrich</b>	<b>(SPD)</b>
<b>Klusmann, Alexandra</b>	<b>(SPD)</b>
<b>Schaffner, Karin</b>	<b>(CDU)</b>
<b>Schäfer-Jarosz, Sabine</b>	<b>(CDU)</b>
<b>Ditschler, Christoph</b>	<b>(FDP/MBL)</b>
<b>Seitz, Hans-Werner</b>	<b>(B90/Die Grünen)</b>
<b>Schwarz, Jonathan</b>	<b>(Marburger Linke)</b>

**Weiterhin wählt die Stadtverordnetenversammlung jeweils einstimmig**

- **Linde, Godela** als Vertreterin des Deutschen Gewerkschaftsbundes,
- **Opitz, Karl-Michael** als örtlichen Vertreter der gewerblichen Wirtschaft,
- **Abraham, Kai, Stellv: Ristow, Christine** als Vertreter der evangelischen Kirche,
- **Prof. Dr. Seitter, Wolfgang und Prof. Dr. Rohrmann, Eckhardt** als Vertreter der Philipps-Universität,
- **Lange, Uwe, Stellv.: Kopp-Ruthner, Hille** als örtliche Vertreter (Lehrerinnen/Lehrer) der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft - Fachgruppe Erwachsenenbildung, Berufsschule oder Gymnasien,
- **Nödel, Ulrike, Stellv.: Blaufuß, Joachim** als örtliche Vertreter (Lehrerin/Lehrer) des Deutschen Lehrerverbandes

**in den Beirat.**

Die Wahl eines Vertreters/einer Vertreterin der katholischen Kirche kann nicht durchgeführt werden, da kein Wahlvorschlag vorliegt.

---

**zu 16**

**Benennung und Wahl der Mitglieder der Gleichstellungskommission  
Vorlage: VO/5077/2016**

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Kissel. Dem Ausschuss lagen in seiner heutigen Sitzung folgende Wahlvorschläge vor:

**SPD / BfM**

Severin, Ulrich  
Klusmann, Alexandra  
Rembas, Anna  
Alle übrigen Mitglieder der Fraktionen von SPD und BfM.

**CDU / FDP/MBL**

Muth, Stephan  
Piper, Runhild  
Dr. Uchtmann, Hermann  
Alle übrige Mitglieder der Fraktionen von CDU und FDP/MBL

**B90/Die Grünen**

Stahl, Madelaine

Alle übrigen Mitglieder der Fraktion B90/Die Grünen.

**Marburger Linke**

Kula, Elisabeth

Alle übrigen Mitglieder der Fraktion Marburger Linke.

Die Fraktionen habe sich im Wahlvorbereitungsausschuss darauf geeinigt, die Stadtverordneten im Wege den Benennungsverfahrens zu entsenden. Dem Verfahren stimmt die Stadtverordnetenversammlung einstimmig zu.

**Folgende Stadtverordnete werden damit in die Gleichstellungskommission entsandt:**

<b>Severin, Ulrich</b>	<b>(SPD)</b>
<b>Klusmann, Alexandra</b>	<b>(SPD)</b>
<b>Rembas, Anna</b>	<b>(SPD)</b>
<b>Muth, Stephan</b>	<b>(CDU)</b>
<b>Piper, Runhild</b>	<b>(CDU)</b>
<b>Dr. Uchtmann, Hermann</b>	<b>(FDP)MBL)</b>
<b>Stahl, Madelaine</b>	<b>(B90/Die Grünen)</b>
<b>Kula, Elisabeth</b>	<b>(Marburger Linke)</b>

Für die Wahl der 8 sachkundigen Einwohner/innen haben sich die Fraktionen im Wahlvorbereitungsausschuss auf folgenden einheitlichen Wahlvorschlag geeinigt, der von allen Fraktionen unterstützt wird:

Modry, Mario	(SPD / BfM)
Zimmermann-Stroh, Josefa	(SPD / BfM)
Dr. Hofmann, Sabine	(SPD / BfM)
Fiebiger, Petra	(CDU / FDP/MBL)
Prof. Dr. Müller, Ulrich	(CDU / FDP/MBL)
Eisenack, Karin	(CDU / FDP/MBL)
Reddemann, Renate	(B90/Die Grünen)
Gottschald, Eva	(Marburger Linke)
Gattinger, Pia	
Bergelt, Claudia	
Dr. Madubuko, Nkechi	
Muscheid, Anna	
Spies, Ulrike	
Wienstroer, Naxina	
Bergknecht, Irma	
Amend, Barbara	(B90/Die Grünen)

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem von allen Fraktionen unterstützen Wahlvorschlag einstimmig zu. **Damit sind als sachkundige Einwohner/innen in die Gleichstellungskommission gewählt:**

<b>Modry, Mario</b>	<b>(SPD / BfM)</b>
<b>Zimmermann-Stroh, Josefa</b>	<b>(SPD / BfM)</b>
<b>Dr. Hofmann, Sabine</b>	<b>(SPD / BfM)</b>
<b>Fiebiger, Petra</b>	<b>(CDU / FDP/MBL)</b>
<b>Prof. Dr. Müller, Ulrich</b>	<b>(CDU / FDP/MBL)</b>
<b>Eisenack, Karin</b>	<b>(CDU / FDP/MBL)</b>

**Reddemann, Renate**  
**Gottschald, Eva**

**(B90/Die Grünen)**  
**(Marburger Linke)**

Die Bewerber/innen, auf die kein Sitz entfallen ist, gelten als Nachrücker/innen bzw. Stellvertreter/innen.

---

zu 17

**Benennung und Wahl der Mitglieder der Schulkommission**  
**Vorlage: VO/5089/2016**

Die Vorlage ist ebenfalls im Wahlvorbereitungsausschuss vorberaten worden. Es berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Kissel.

Der Ausschuss hat sich in seiner heutigen Sitzung auf folgende einheitliche Wahlvorschläge geeinigt, die von allen Fraktionen mitgetragen werden:

1. Benennung von 8 Stadtverordneten

**SPD / BfM**

Dehmel, Dominic

Dinnebier, Kirsten

Mensing, Gabriele

Alle übrigen Mitglieder der Fraktionen von SPD und BfM.

**CDU / FDP/MBL**

Range, Matthias

Schäfer-Jarosz, Sabine

Selinka, Michael

Alle übrigen Mitglieder der Fraktionen von CDU und FDP/MBL.

**B90/Die Grünen**

Nezi, Marco

Alle übrigen Mitglieder der Fraktion B90/Die Grünen.

**Marburger Linke**

Sturm, Inge

Alle übrigen Mitglieder der Fraktion Marburger Linke.

2. 3 Lehrer/innen

Daser, Dagmar

Stein, Wolf-Dieter

Denfeld, Klaus

Stellv.: Dahl-Dern, Claudia

3. 3 Erziehungsberechtigte

Leder, Gabriele

Al-Bkeer, Jana

Piper, Brigitte

Stellv.: Tittmann, Beatrix

Stellv.: Adam, Wolfram-Alexander

Stellv.: Prof. Dr. Klein, Michael

4. 3 Schüler/innen

Es liegen keine Wahlvorschläge vor.

5. 2 Vertreter/innen der Kirchen (evangelisch und katholisch)

Ev. Kirche: Ullrich, Matthias Stellv.: Dr. Neumann, Gerhard  
Kath. Kirche: Gottschlich, Hans

6. 1 Vertreter/in des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Kopp-Ruthner, Hille Stellv.: Steinert, Timo

7. 1 gemeinsamer Vertreter/gemeinsame Vertreterin der Industrie- und Handelskammer, des Einzelhandelsverbandes und der Kreishandwerkerschaft

Opitz, Michael

Zum Verfahren empfiehlt der Wahlvorbereitungsausschuss der Stadtverordnetenversammlung die 8 Stadtverordneten im Wege des Benennungsverfahrens zu entsenden und die übrigen Positionen aufgrund der vorliegenden Wahlvorschläge zu wählen.

**Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Verfahren einstimmig zu. Somit werden die folgenden von den Fraktionen benannten 8 Stadtverordneten als Mitglieder in die Schulkommission entsandt:**

<b>Dehmel, Dominic</b>	<b>(SPD)</b>
<b>Dinnebier, Kirsten</b>	<b>(SPD)</b>
<b>Mensing, Gabriele</b>	<b>(BfM)</b>
<b>Range, Matthias</b>	<b>(CDU)</b>
<b>Schäfer-Jarosz, Sabine</b>	<b>(CDU)</b>
<b>Selinka, Michael</b>	<b>(FDP/MBL)</b>
<b>Nezi, Marco</b>	<b>(B90/Die Grünen)</b>
<b>Sturm, Inge</b>	<b>(Marburger Linke)</b>

**Weiterhin wählt die Stadtverordnetenversammlung jeweils einstimmig**

- **Daser, Dagmar (Stellv.: Dahl-Dern, Claudia), Stein, Wolf-Dieter und Denfeld, Klaus** als Lehrer/innen,
- **Leder, Gabriele (Stellv.: Tittmann, Beatrix), Al-Bkeer, Jana (Stellv.: Adam, Wolfram-Alexander) und Piper, Brigitte (Stellv.: Prof. Dr. Klein, Michael)** als Erziehungsberechtigte,
- **Ullrich, Matthias (Stellv.: Dr. Neumann, Gerhard)** als Vertreter der ev. Kirche und **Gottschlich, Hans** als Vertreter der kath. Kirche,
- **Kopp-Ruthner, Hille (Stellv.: Steinert, Timo)** als Vertreter/in des Deutschen Gewerkschaftsbundes,
- **Opitz, Michael** als gemeinsamer Vertreter der Industrie- und Handelskammer, des Einzelhandelsverbandes und der Kreishandwerkerschaft

**in die Schulkommission.**



Die Wahl der 3 Schüler/innen kann nicht durchgeführt werden, da keine Wahlvorschläge vorliegen.

---

**zu 18 Wahl des Forensikbeirates  
Vorlage: VO/5079/2016**

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Kissel. Die Fraktionen haben sich in der heutigen Sitzung des Wahlvorbereitungsausschusses auf einheitliche Wahlvorschläge geeinigt. Der Ausschuss empfiehlt daher die Mitglieder in offener Abstimmung durch Handzeichen zu wählen.

Der Vorsitzende des Wahlvorbereitungsausschusses trägt alle Namen vor. Er verweist darauf, dass zur laufenden Nummer 5 der Vorlage, Wahl eines/einer Vertreter/in der Presse, kein Wahlvorschlag eingereicht worden ist. Diese Position bleibt somit unbesetzt.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über die gemeinsamen Wahlvorschläge abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt einstimmig:

Die nachstehenden Mitglieder werden in den Forensikbeirat gewählt:

**Vertreter/innen der Fraktionen**

Severin, Ulrich (SPD)	Stellv.: Lotz-Halilovic, Erika (SPD)
Piper, Runhild (CDU)	Stellv.: Muth, Stephan (CDU)
Dr. Neuwohner, Elke (B90/Die Grünen)	Stellv.: Nezi, Marco (B90/Die Grünen)
Wöhr, Markus (Marburger Linke)	Stellv.: Kolter, Astrid (Marburger Linke)
Dr. Uchtmann, Hermann (FDP/MBL)	Stellv.: Selinka, Michael (FDP/MBL)
Frese, Roland (BfM)	Stellv.: Mensing, Gabriele (BfM)

**Vertreter/in der Kirchen**

Kath. Kirche:	Bug, Stephan	Stellv.: Jahn, Jutta
Ev. Kirche:	Richter, Angelika	Stellv.: Böhler, Almut

**Vertreter/in Polizei:**

Keller, Gerhard	Stellv.: Wege, Jürgen
-----------------	-----------------------

**Vertreter/in der Wirtschaft:**

Dr. Rück, Susanne

**Mosaikschule:**

Czech, Christina	Stellv.: Geller, Susanne
------------------	--------------------------

**Bürger/innen:**

Ackermann-Feulner, Karin	Stellv.: Wölk, Marianne
Niazi, Marc	Stellv.: Modry, Mario
Kaufmann, Anita	Stellv.: Oppermann, Anne
Stürmer, Roland	Stellv.: Dr. Richter, Erika

---

**zu 21 Quotenregelung für den geförderten Wohnungsbau in der Universitätsstadt Marburg**

## **Vorlage: VO/5099/2016**

Für den Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung berichtet der stellv. Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. Uchtmann. Ein Änderungsantrag der Fraktion Marburger Linke, die Quoten der Wohnbauflächen und der Bruttogeschossflächen für den geförderten Wohnungsbau auf 30 % anzuheben, wurde im Ausschuss mehrheitlich abgelehnt. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich der Vorlage zuzustimmen. Aussprache wurde angemeldet.

Weiterhin fand eine Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss statt. Der Ausschuss empfiehlt lt. Bericht des Vorsitzenden, Stadtverordneter Pfalz, ebenfalls einstimmig die Zustimmung zu der Vorlage.

Da nach Aufruf der Aussprache keine Wortmeldungen ergehen, lässt die Stadtverordnetenvorsteherin zunächst über den im Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung gestellten Änderungsantrag der Fraktion Marburger Linke abstimmen. Für eine Anhebung der Quoten der Wohnbauflächen und der Bruttogeschossflächen für den geförderten Wohnungsbau auf 30 % stimmen die Fraktion Marburger Linke und der Vertreter der Piratenpartei, mit Nein die Fraktionen von SPD, CDU, B90/Die Grünen, FDP/MBL und BfM. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Im Anschluss fasst die Stadtverordnetenversammlung einstimmig folgenden Beschluss:

### **1. Quotierung**

**1.1 Für das Gebiet der Universitätsstadt Marburg wird eine Quotenregelung für den geförderten Wohnungsbau eingeführt (Quotierung). Unter Quotierung wird eine für Bodenmarktteilnehmer unter bestimmten Bedingungen verbindliche Quote für geförderte Wohnungen auf Wohnbauflächen gem. 2.1 verstanden.**

**1.2 Mit der Einführung der Quotenregelung soll allen beteiligten Bodenmarktteilnehmern (Eigentümern, Bauträgern, Projektentwicklern, Investoren, Magistrat der Universitätsstadt Marburg) Klarheit und Sicherheit für Investitionen im Wohnungsbau gegeben werden:**

- **Gleichbehandlung:** Alle von der Quotenregelung betroffenen Wohnbauplanungen und Wohnbauprojekte unterliegen dieser Regelung und werden somit gleichbehandelt.
- **Transparenz:** Durch die Quotenregelung wird Transparenz erzeugt, indem alle Eckpunkte und Verfahrensregelungen bekannt sind.
- **Investitionssicherheit:** Die Bedingungen für die Entwicklung von Wohnbauprojekten, die dieser Quotenregelung unterfallen, sind von Beginn an bekannt und für alle Beteiligten kalkulierbar.

### **2. Geltungsbereich**

**2.1 Die Quotenregelung betrifft alle Wohnbauprojekte auf dem Gebiet der Universitätsstadt Marburg, für die Planungsrecht mit**

kommunaler Bauleitplanung geschaffen oder verändert wird, die also dem kommunalen Planungserfordernis und der kommunalen Planungshoheit unterliegen.

- 2.2 Um ein städtisches Grundstück erwerben und mit Wohnungen bebauen zu können, verpflichtet sich der Investor in Fällen gem. 2.1 einen Anteil gem. 3. der neu zu bauenden Wohnungen im geförderten Wohnungsbau zu errichten.
- 2.3 Um ein im privaten Eigentum befindliches Grundstück mit Wohnungen bebauen zu können und dafür Baurecht zu erlangen, verpflichtet sich der Investor in Fällen gem. 2.1 einen Anteil gem. 3. der neu zu bauenden Wohnungen im geförderten Wohnungsbau zu errichten.
- 2.4 Die Quote in 3. gilt sowohl für den Geschosswohnungsbau als auch für Reihen- und Doppelhäuser und andere räumlich zusammengehörige Wohngebäudeprojekte.
- 2.5 Die Quote in 3. gilt für den Bau von Wohneinheiten zur Miete und für Eigentum. Im Geschosswohnungsbau ist die Quote stets im geförderten Mietwohnungsbau zu realisieren.
- 2.6 Die Quote in 3. gilt für Wohnbauvorhaben, für die gem. § 31 Abs. 2 Nr. 1 BauGB von den Festsetzungen eines Bebauungsplanes befreit werden kann.

### 3. Quotenhöhe

Bei der Ausweisung von Baugebieten in der Universitätsstadt Marburg für Wohnungsbau gem. 2.1 sind 20 % (Quote) der Wohnbauflächen (Wohneinheiten (WE) und 20 % der Bruttogeschossfläche (BGF)) für den geförderten Wohnungsbau zu sichern und mit berechtigten Personen/Haushalten zu belegen, sofern das Baugebiet 20 WE oder mehr umfasst.

### 4. Durchführung der Quotenregelung

- 4.1 Die Quotenregelung soll grundsätzlich in Öffentlich-Rechtlichen Verträgen/Städtebaulichen Verträgen nach § 11 BauGB vereinbart werden. Sofern dieses nicht in Betracht kommt, ist zu prüfen, ob eine Festsetzung nach § 9 Abs. 1 Nr. 7 BauGB zu treffen ist.
- 4.2 Die Quotenregelung ist mit Festsetzungen zur Barrierefreiheit nach DIN 18040 Teil 2 zu verbinden, um die Anzahl der behindertengerechten Wohnungen in der Universitätsstadt Marburg zu erhöhen. Mindestens 50% der gem. Quote herzustellenden Wohnungen müssen nach DIN 18040-2R geschaffen werden.
- 4.3 Die Quote gem. Pkt. 2. u. 3 kann vom Investor auch im Rahmen einer Kooperation mit einem weiteren Akteur realisiert werden, sofern der Investor sich vertraglich verbindlich verpflichtet sich an sämtlichen Kosten und Folgekosten so zu beteiligen, als wäre der geförderte Wohnungsbau von ihm selbst wirtschaftlich durchgeführt und baulich realisiert worden.
- 4.4 Die Quotenregelung gilt unter der Voraussetzung, dass für den geförderten Wohnungsbau auf Antrag Fördermittel des Landes Hessen und der Universitätsstadt Marburg zu erlangen sind. Fördermittel der Universitätsstadt Marburg können grundsätzlich nur in Verbindung mit Fördermitteln des Landes Hessen in Anspruch genommen werden.

## 5. Wohnungsbaugesellschaften

Für Wohnungsbaugesellschaften, die im Wesentlichen der Schaffung von Wohnraum im geförderten Wohnungsbau nachgehen und dabei Anteile im geförderten Wohnungsbau von bis zu 100 % errichten, gelten die vorgenannten Festsetzungen für Projekte, die sie im freifinanzierten Wohnungsbau errichten.

## 6. Evaluierung

Die Umsetzung der Quotierungsregelung ist alle zwei Jahre zu evaluieren, erstmals mit Ablauf des 31.12.2018.

## 7. Inkrafttreten

Diese Quotenregelung findet Anwendung ab dem auf den Beschluss in der Stadtverordnetenversammlung folgenden Tag.

zu 25

---

**SANIERUNG NACH DEM BAUGESETZBUCH (BauGB);  
Privatisierung von Treuhandgrundstücken  
Sanierungsgebiet „Nordstadt / Bahnhofsquartier“  
Grundstück: Verkauf der Treuhandliegenschaft Rudolf-Bultmann-Straße 4h  
(Lokschuppen)  
Gemarkung Marburg, Flur 4, Teilfläche aus Flurst. 18/125  
Verkaufsfläche Ringlokschuppen (ca. 4.926 m<sup>2</sup>),  
Optional Verkaufsfläche Werkstattgebäude (ca. 1.473 m<sup>2</sup>)  
Eigentümer: GeWoBau GmbH als Sanierungsträger und Treuhänder der  
Universitätsstadt Marburg  
Vorlage: VO/5100/2016**

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer. Im Ausschuss wurde der dringliche Antrag der Piratenpartei zur Entwicklung des Lokschuppenareals (VO/5146/2016) als Änderungsantrag zu der Vorlage behandelt. Der Änderungsantrag wurde mehrheitlich zu Ablehnung empfohlen. Die ursprüngliche Vorlage des Magistrats empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich zur Annahme. Aussprache wurde angemeldet.

Im Anschluss berichtet die Stadtverordnete Dinnebier als Vorsitzende des Ausschusses für Schule, Kultur, Sport und Bäder. Die Vorlage ist dort ebenfalls beraten worden und der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich die Zustimmung zu der Vorlage.

Weiterhin fand eine Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss statt. Es berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt ebenfalls mehrheitlich der Vorlage zuzustimmen.

Im Rahmen der Aussprache sprechen die Stadtverordneten Dr. Weber, Bastian, Weidemann, Bauder-Wöhr und Oberbürgermeister Dr. Spies.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt anschließend zunächst über den Änderungsantrag der Piratenpartei abstimmen. Für den Antrag stimmt die Fraktion Marburger Linke und der Vertreter der Piratenpartei, mit Nein stimmen die Fraktionen von SPD, CDU, B90/Die Grünen und BfM bei Enthaltung der

FDP/MBL-Fraktion. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Im Anschluss fasst die Stadtverordnetenversammlung mit den Stimmen von SPD, CDU, B90/Die Grünen und BfM, gegen die Stimmen der Marburger Linke und des Vertreters der Piratenpartei, bei Enthaltung der FDP/MBL-Fraktion folgenden Beschluss:

**Die Treuhandliegenschaft Lokschuppen wird öffentlich zum Verkauf ausgeschrieben.**

**Der Verkauf erfolgt in Abhängigkeit des zukünftigen Nutzungskonzepts gemäß den sanierungsrechtlichen Vorschriften des Baugesetzbuches (BauGB) und den Richtlinien des Landes Hessen zur Förderung der nachhaltigen Stadtentwicklung (RiLiSE) mindestens zum Verkehrswert.**

**Der Verkaufserlös wird gemäß RiLiSE als zweckgebundene Einnahme auf dem Treuhandkonto des Sanierungsträgers vereinnahmt und im Sanierungsgebiet wieder eingesetzt.**

---

**zu 26 Dringlichkeitsanträge**

**zu 26.1 Dringlicher Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Schüler/innen-Beförderung Linie 15 von Michelbach nach Marburg  
Vorlage: VO/5123/2016**

Der Tagesordnungspunkt wird aufgrund der gleichen Thematik gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 26.2 aufgerufen. Aussprache war im Ältestenrat angemeldet.

An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneter Dr. McGovern, Oberbürgermeister Dr. Spies sowie die Stadtverordneten Ditschler und Stötzel.

Aufgrund der durch den Oberbürgermeister gegebenen Informationen und Erläuterungen erklärt die antragstellende Fraktion den Antrag für erledigt.

---

**zu 26.2 Dringlicher Antrag der FDP/MBL-Fraktion betr.: Kurzfristige Verbesserung der Schulbuslinie 15 ab Michelbach durch einen zweiten Bus  
Vorlage: VO/5144/2016**

Der Tagesordnungspunkt wird aufgrund der gleichen Thematik gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 26.1 aufgerufen. Aussprache war im Ältestenrat angemeldet.

An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneter Dr. McGovern, Oberbürgermeister Dr. Spies sowie die Stadtverordneten Ditschler und Stötzel.

Die Fraktion B90/Die Grünen beantragt Absatz 1 des Beschlussvorschlages wie folgt zu ändern:

Der Magistrat wird aufgefordert, die Situation der überfüllten Schulbuslinie Nr. 15, Abfahrtszeit 07:10 Uhr am Lindenplatz in Michelbach, zusammen mit den Stadtwerken Marburg zeitnah zu entschärfen und in der nächsten Stadtverordnetenversammlung zu berichten.

Außerdem wird getrennte Abstimmung der Absätze 1 und 2 des Beschlussvorschlages beantragt.

Die antragstellende Fraktion von FDP/MBL übernimmt den geänderten Beschlussvorschlag.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt sodann über die Absätze 1 und 2 getrennt abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt einstimmig:

**Der Magistrat wird aufgefordert, die Situation der überfüllten Schulbuslinie Nr. 15, Abfahrtszeit 07:10 Uhr am Lindenplatz in Michelbach, zusammen mit den Stadtwerken Marburg zeitnah zu entschärfen und in der nächsten Stadtverordnetenversammlung zu berichten.**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt mit den Stimmen von CDU, Marburger Linke und FDP/MBL bei Enthaltung von SPD, B90/Die Grünen, BfM und Piratenpartei mehrheitlich:

**Als Sofortmaßnahme ist vorerst ein zweiter, zeitgleich abfahrender Bus, entweder mit identischen Zielen oder zumindest mit Fahrt zu einem Teil der von der Linie 15 angesteuerten Zielen, zur Entlastung einzusetzen, bis eine langfristige Lösung gefunden ist.**

---

zu 26.3 **Dringlichkeitsantrag der Fraktion Marburger Linke betr. Rückbau des Kriegsdenkmals in Marburg-Bortshausen und kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte der „Marburger Jäger“  
Vorlage: VO/5153/2016**

Die Piratenpartei tritt dem Antrag bei. Aussprache ist im Ältestenrat angemeldet worden.

Im Rahmen der Aussprache sprechend die Stadtverordneten Schalauske, Dinnebier und Seitz sowie Oberbürgermeister Dr. Spies für den Magistrat. Die SPD-Fraktion beantragt getrennte Abstimmung der Absätze 1 bis 3.

Die Stadtverordnetenvorsteherin ruft daraufhin zur getrennten Abstimmung des Antrages auf.

**Absatz 1**

Mit Ja stimmen die Marburger Linke, der Vertreter der Piratenpartei sowie ein Vertreter von B90/Die Grünen. Mit Nein stimmen SPD, CDU, FDP/MBL und BfM bei Enthaltung von 8 Mitgliedern der Fraktion B90/Die Grünen.

**Absatz 1 des Antrages ist damit abgelehnt.**

**Absatz 2**

Mit Ja stimmen die Fraktionen von SPD, B90/Die Grünen, Marburger Linke und der Vertreter der Piratenpartei. Mit Nein stimmen die Fraktionen von CDU und FDP/MBL bei Enthaltung der BfM-Fraktion.

**Absatz 2 des Antrages ist damit angenommen.**

**Absatz 3**

Mit Ja stimmen die Fraktionen von SPD, B90/Die Grünen, Marburger Linke, BfM und der Vertreter der Piratenpartei. Mit Nein stimmt die CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP/MBL-Fraktion.

**Absatz 3 des Antrages ist damit angenommen.**

---

**zu 26.4 Dringlicher Antrag der Fraktionen CDU und FDP/MBL betr. Sicherheit**

**Vorlage: VO/5156/2016**

Die antragstellende Fraktion verschiebt den Antrag nach Aufruf des Tagesordnungspunktes durch die Stadtverordnetenvorsteherin zur weiteren Beratung in den Haupt- und Finanzausschuss.

---

**zu 19 Marburger Ortsrecht**

**zu 19.1 Marburger Ortsrecht**

**V. Nachtrag zur Satzung über den Marktverkehr in der Universitätsstadt Marburg**

**Vorlage: VO/4983/2016**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung schließt sich dem Ausschussvotum an und beschließt ebenfalls einstimmig:

**Der V. Nachtrag zur Satzung über den Marktverkehr in der Universitätsstadt Marburg wird beschlossen.**

---

**zu 19.2 Marburger Ortsrecht**

**III. Nachtrag zur Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate und auf das Spielen um Geld oder Sachwerte im Gebiet der Universitätsstadt Marburg**

**Vorlage: VO/4988/2016**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt daraufhin ebenfalls:

**Der III. Nachtrag zur Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate und auf das Spielen um Geld oder Sachwerte im Gebiet der Universitätsstadt Marburg wird beschlossen.**

---

**zu 19.3 Marburger Ortsrecht**

**III. Nachtrag zur Gebührenordnung für die Volkshochschule der Universitätsstadt Marburg**

**Vorlage: VO/4998/2016**

Für den Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Bäder berichtet die Vorsitzende, Stadtverordnete Dinnebir. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich der Vorlage

zuzustimmen.

Die Vorlage ist weiterhin im Haupt- und Finanzausschuss vorberaten worden. Es berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt ebenfalls mehrheitlich der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von SPD, CDU, B90/Die Grünen, FDP/MBL, BfM und dem Vertreter der Piraten gegen die Stimmen der Marburger Linke folgenden Beschluss:

**Der III. Nachtrag zur Gebührenordnung für die Volkshochschule der Universitätsstadt Marburg wird beschlossen.**

---

- zu 19.4 Marburger Ortsrecht**  
**Neufassung der Satzung über die Betreuung von Kindern durch qualifizierte Tagespflegepersonen mit einer Pflegeerlaubnis nach § 43 SGB VIII in der Universitätsstadt Marburg**  
**Vorlage: VO/5020/2016**  
Die Vorlage wurde im Ausschuss für Kinder, Jugend und Gleichstellung zunächst in den Jugendhilfeausschuss verwiesen.
- 

- zu 19.5 Marburger Ortsrecht**  
**Erlass der Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer im Gebiet der Universitätsstadt Marburg (Zweitwohnungssteuersatzung)**  
**Vorlage: VO/5021/2016**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt mit den Stimmen von SPD, CDU, B90/Die Grünen, FDP/MBL, BfM und dem Vertreter der Piratenpartei gegen die Stimmen der Marburger Linke:

**Die vorgelegte Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer im Gebiet der Universitätsstadt Marburg (Zweitwohnungssteuersatzung) wird beschlossen.**

---

- zu 19.6 Marburger Ortsrecht**  
**III. Nachtrag zur Gebührenordnung für die öffentlichen Parkflächen in der Universitätsstadt Marburg (Parkgebührenordnung)**  
**Vorlage: VO/5031/2016**

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich der Vorlage zuzustimmen.

Die Vorlage ist weiterhin im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer. Der Ausschuss empfiehlt ebenfalls mehrheitlich die Zustimmung zu der Vorlage.

Es fand weiterhin eine Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss statt. Auch



dort wurde die Vorlage lt. Bericht des Vorsitzenden, Stadtverordneter Pfalz, mehrheitlich zur Annahme empfohlen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gegen die Stimmen der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses:

**Der III. Nachtrag zur Gebührenordnung für die öffentlichen Parkflächen in der Universitätsstadt Marburg (Parkgebührenordnung) wird beschlossen.**

---

**zu 19.7 Marburger Ortsrecht I. Nachtrag zur Satzung über die Benutzung von Kindertageseinrichtungen (Kindergarten - Kindertagesstätte - Hort - Krippe - Familienzentrum) der Universitätsstadt Marburg - Kinderbetreuungssatzung  
Vorlage: VO/5038/2016**

Die Vorlage wurde im Ausschuss für Kinder, Jugend und Gleichstellung zunächst in den Jugendhilfeausschuss verwiesen.

---

**zu 20 Jahresabschluss des DBM für das Geschäftsjahr 2015  
Vorlage: VO/5121/2016**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über die Vorlage abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von SPD, CDU, B90/Die Grünen, FDP/MBL, BfM und Piratenpartei bei Enthaltung der Marburger Linke folgende Beschlüsse:

- 1. Der Jahresabschluss des DBM für das Geschäftsjahr 2015 wird auf der Grundlage der durchgeführten Prüfung der GBZ Revisions und Treuhand AG beschlossen.**
- 2. Den aus den Bereichen Entsorgung (72.064,21 €), Straßenreinigung/Winterdienst (159.865,56 €), Straßenunterhaltung (80.178,79 €), Kanal- und Gewässerunterhaltung (-2.292,19 €), Friedhofunterhaltung (12.122,75 €) und Grünflächenunterhaltung (-45.508,87 €) resultierenden Überschuss in Höhe von insgesamt 276.430,25 € in die Ergebnismittel des DBM einzustellen.**

**Der nach handelsrechtlichen Grundsätzen ermittelte Gesamtüberschuss des Kanalgebührenhaushaltes beträgt im Geschäftsjahr 2015 68.486,82 €. Den nach handelsrechtlichen Grundsätzen ermittelten Verlust in Höhe von 3.475,00 € aus dem Abgang von Anlagevermögen des beim DBM aktivierten Alt-Kanalnetzes wird aus der Rücklage der Kanalvermögensbewertung (10.741.285,48 €) ausgeglichen. Der resultierende Überschuss des Kanalgebührenhaushaltes in Höhe von 71.961,28 € wird der Kanalgebührenausschleichsrücklage zugeführt.**

- 3. Der Betriebsleitung wird für das Geschäftsjahr 2015 Entlastung erteilt.**
- 

**zu 22 Prüfantrag "Marburger Modell"  
Vorlage: VO/5112/2016**

Für den Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung berichtet der stell. Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. Uchtmann. Der Beschlusstenor wurde im Ausschuss wie folgt geändert:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat bis zur Sommerpause 2017 die Varianten „Marburger Modell quer“ sowie den „Doppelstandort ambulantes Modell Oberer Richtsberg mit stationärem Ergänzungsbau an weiterem Standort“ im Hinblick auf ihre Machbarkeit, ihre Kosten und Wege des Verbleibs der Bewohner/innen während des Umbaus zu prüfen.

Den so geänderten Beschlusstenor empfiehlt der Ausschuss einstimmig zur Annahme.

Vor Abstimmung der Vorlage legt die Fraktion B90/Die Grünen folgenden Änderungsantrag vor:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat die Variante „Marburger Modell quer“ im Hinblick auf ihre Machbarkeit, ihre Kosten und Wege des Verbleibs der Bewohner/innen während des Umbaus zu prüfen, hierzu soll insbesondere das Kuratorium Deutsche Altershilfe über Erfahrungen beim Umbau im Bestand befragt werden.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt zunächst über diesen Änderungsantrag abstimmen. Mit Ja stimmt die Fraktion B90/Die Grünen, mit Nein die Fraktionen von SPD, CDU, Marburger Linke, FDP/MBL und BfM bei Enthaltung des Vertreters der Piratenpartei.

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Im Anschluss lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über den im Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung geänderten Beschlusstenor abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von SPD, CDU, Marburger Linke, FDP/MBL, BfM und Piratenpartei gegen die Stimmen von B90/die Grünen folgenden Beschluss:

**Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat bis zur Sommerpause 2017, die Varianten „Marburger Modell quer“ sowie den „Doppelstandort ambulantes Modell Oberer Richtsberg mit stationärem Ergänzungsbau an weiterem Standort“ im Hinblick auf ihre Machbarkeit, ihre Kosten und Wege des Verbleibs der Bewohner/innen während des Umbaus zu prüfen.**

---

**zu 23 Unterstützung der 2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten  
Vorlage: VO/4984/2016**

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung schließt sich dem Ausschussvotum an und beschließt einstimmig:

**Die Universitätsstadt Marburg beteiligt sich an der Initiative des Deutschen**

**Städtetages zur Unterstützung der 2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung, auf die sich die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen am 25. September 2015 geeinigt haben. Hierfür wird die 2030 Agenda Musterresolution des Deutschen Städtetages beschlossen und unterzeichnet.**

---

**zu 24      Energiekonzept Nordstadt  
Vorlage: VO/5052/2016**

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke einstimmig:

**Das integrierte energetische Quartierskonzept Nordstadt („IEQ Nordstadt“) soll als weitere Grundlage für Maßnahmen und Aktivitäten der Universitätsstadt Marburg im Rahmen des Klimaschutzes dienen.**

---

**zu 27      Anträge der Fraktionen**

**zu 27.1    Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Sporthalle Elisabethschule  
Vorlage: VO/4997/2016**

Zu dem Tagesordnungspunkt ist durch die Fraktion Marburger Linke Aussprache angemeldet, die jedoch nicht mehr durchgeführt wird.

Der Antrag wird auf Wunsch der Fraktion Marburger Linke deshalb erneut vertragen.

---

**zu 27.2    Antrag der Piratenpartei betr. Bürgerbeteiligung 2016 II -  
Mängelrückmeldungsportal verbessern  
Vorlage: VO/4947/2016**

Zu dem Tagesordnungspunkt ist durch die Piratenpartei Aussprache angemeldet, die jedoch nicht mehr durchgeführt wird.

Der Antrag wird auf Wunsch des Vertreters der Piratenpartei deshalb vertragen.

---

**zu 27.3    Antrag Fraktion Marburger Linke betr.: Leitlinien/Satzung für  
Bürgerbeteiligung entwickeln  
Vorlage: VO/4959/2016**

Der Antrag wurde im Haupt- und Finanzausschuss durch die antragstellende Fraktion zurückgestellt.

---

**zu 27.4    Antrag der Piratenpartei betr.: Bürgerbeteiligung 2016 I - Initiativrechte  
Vorlage: VO/4960/2016**

Der Antrag ist im Haupt- und Finanzausschuss zurückgestellt worden.

---

**zu 27.5    Antrag der Piratenpartei betr.: Bürgerbeteiligung 2016 III -**

## **Bevölkerungsbefragungssystem**

**Vorlage: VO/4965/2016**

Der Antrag ist im Haupt- und Finanzausschuss zurückgestellt worden.

---

**zu 27.6 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. „Modernisierung der Marburger Altenhilfe St. Jakob (Richtsberg) in Umsetzung der Marburger Leitlinien einer zukunftsweisenden Alterssozialpolitik“**  
**Vorlage: VO/5069/2016**

Die Vorlage ist im Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung beraten worden. Es berichtet der stellv. Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. Uchtmann. Der Antrag wurde im Ausschuss mit Zustimmung der antragstellenden Fraktion wie folgt geändert:

Der Magistrat wird gebeten schriftlich zu berichten, in welchem Umfang und in welcher Form die von der STVV am 13.01.2015 beschlossene Magistratsvorlage "Modernisierung der Marburger Altenhilfe St. Jakob (Richtsberg) in Umsetzung der Marburger Leitlinien einer zukunftsweisenden Alterssozialpolitik" bei den bisherigen Überlegungen und Planungen zur Neustrukturierung der Seitenstraße Berücksichtigung gefunden hat und wie vor allem die in Spiegelstrich 4 dieser Vorlage aufgeführten Ziele umgesetzt werden sollen.  
Die Stellungnahme der Heimaufsicht wird beigelegt.

Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich dem so geänderten Antrag zuzustimmen.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt einstimmig der im Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung geänderten Antragsfassung zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der FDP/MBL-Fraktion einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird gebeten schriftlich zu berichten, in welchem Umfang und in welcher Form die von der STVV am 13.01.2015 beschlossene Magistratsvorlage "Modernisierung der Marburger Altenhilfe St. Jakob (Richtsberg) in Umsetzung der Marburger Leitlinien einer zukunftsweisenden Alterssozialpolitik" bei den bisherigen Überlegungen und Planungen zur Neustrukturierung der Seitenstraße Berücksichtigung gefunden hat und wie vor allem die in Spiegelstrich 4 dieser Vorlage aufgeführten Ziele umgesetzt werden sollen.  
Die Stellungnahme der Heimaufsicht wird beigelegt.**

---

**zu 27.7 Antrag der 'Bürger für Marburg', der SPD und der CDU betr. Teststrecke für autonomes Fahren**  
**Vorlage: VO/5081/2016**

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich dem Antrag zuzustimmen.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt ebenfalls mehrheitlich die Annahme des

Antrages.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von SPD, CDU, B90/Die Grünen, FDP/MBL, BfM und Piratenpartei gegen die Stimmen der Marburger Linke folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, unter welchen Bedingungen Marburg als führende Projektstadt eine Teststrecke von der Innenstadt auf die Lahnberge für autonomes Fahren ausweisen kann, ohne dabei die Verkehrssicherheit sowie bestehende oder mögliche künftige ÖPNV-Anbindungen zu beeinträchtigen.**

**Der Magistrat möge darüber berichten, wie weit eine entsprechende Initiative der IHK gediehen ist.**

---

**zu 27.8 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Städtische Grundstücke  
Vorlage: VO/5093/2016**

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer. Der Antrag wurde im Ausschuss mit Zustimmung der antragstellenden Fraktion wie folgt geändert:

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg (StVV) fordert den Magistrat auf, bis zum 1. Januar 2017 der Stadtverordnetenversammlung eine Liste städtischer Grundstücke vorzulegen, die für eine Wohnbebauung in Frage kommen.

Dem so geänderten Antrag empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Annahme.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg (StVV) fordert den Magistrat auf, bis zum 1. Januar 2017 der Stadtverordnetenversammlung eine Liste städtischer Grundstücke vorzulegen, die für eine Wohnbebauung in Frage kommen.**

---

**zu 27.9 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Machbarkeitsstudie für eine Tram (Straßenbahn) in Marburg  
Vorlage: VO/5094/2016**

Der Antrag wurde im Haupt- und Finanzausschuss bis zur Novembersitzung zurückgestellt.

---

**zu 27.10 Antrag der Fraktion FDP/MBL betr. Aufnahme von Brandschutzmaßnahmen in das BiBaP  
Vorlage: VO/5110/2016**

Zu dem Tagesordnungspunkt ist durch die FDP/MBL-Fraktion Aussprache angemeldet, die jedoch nicht mehr durchgeführt wird.

Der Antrag wird auf Wunsch der FDP/MBL Fraktion deshalb vertragt.

---

**zu 27.11 Antrag der Fraktion FDP/MBL betr. Weitere Verwendung der Flüchtlingsunterkünfte mit dem dazugehörigen Gelände in Cappel**

**Vorlage: VO/5111/2016**

Für den Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung berichtet der stellv. Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. Uchtmann. Die CDU-Fraktion ist dort dem Antrag beigetreten. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich dem Antrag zuzustimmen.

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer. Der Ausschuss empfiehlt ebenfalls mehrheitlich dem Antrag zuzustimmen. Dies gilt auch für den Haupt- und Finanzausschuss, für den der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz berichtet.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von SPD, CDU, B90/Die Grünen, FDP/MBL, BfM und Piratenpartei bei Gegenstimmen der Marburger Linke folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird aufgefordert möglichst zeitnah ein Konzept für die weitere Verwendung der Flüchtlingsunterkünfte und des dazugehörigen Geländes in Cappel zu erstellen.**

---

**zu 27.12 Antrag Fraktion Marburger Linke betr. Umsetzungskontrollverfahren**

**Vorlage: VO/5113/2016**

Der Antrag wurde im Haupt- und Finanzausschuss durch die antragstellende Fraktion bis zur Januarsitzung zurückgestellt.

---

**zu 27.13 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Geförderter Wohnungsneubau an der Friedrich-Ebert-Straße**

**Vorlage: VO/5117/2016**

Nach Bericht im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften durch die Verwaltung wurde der Antrag durch die antragstellende Fraktion für erledigt erklärt.

---

**zu 27.14 Antrag der CDU-Fraktion betr. Wochenmarkt in Cappel**

**Vorlage: VO/5118/2016**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig dem Antrag zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung schließt sich dem Ausschussvotum an und beschließt einstimmig:

**Der Magistrat wird gebeten, die Voraussetzungen für die Abhaltung eines Wochenmarktes im Stadtteil Cappel zu schaffen und die „Festsetzung der Wochenmärkte in der Universitätsstadt Marburg“ wie folgt zu ändern:**

**Als neue Nr. 1.5 wird eingefügt:**

**August-Bebel-Platz im Stadtteil Cappel.**

**Unter Nr. 2 wird als neuer zweiter Satz eingefügt:**

**Der Wochenmarkt auf dem August-Bebel-Platz wird freitags durchgeführt;**

die erstmalige Durchführung erfolgt nach der Fertigstellung der Sanierung der Marburger Straße.

Nach Nr. 3.3 wird eingefügt:

**3.4 Die Öffnungszeiten für den Wochenmarkt auf dem August-Bebel-Platz im Stadtteil Cappel lauten:**

**in der Zeit vom 01.04. bis 30.09. von 13:30 Uhr bis 17.30 Uhr**

**in der Zeit vom 01.10. bis 31.03. von 13:00 Uhr bis 17.00 Uhr**

---

**zu 27.15 Antrag der FDP/MBL-Fraktion betr. Einführung von WhatsApp zur verbesserten und zeitgemäßen Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern**  
**Vorlage: VO/5120/2016**  
Der Antrag wurde im Haupt- und Finanzausschuss durch die antragstellende Fraktion zurückgestellt.

---

**zu 27.16 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Haushaltssperre**  
**Vorlage: VO/5125/2016**  
Der Antrag wurde im Haupt- und Finanzausschuss durch die antragstellende Fraktion zurückgestellt.

---

**zu 27.17 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Mitbestimmungsrechte für Beschäftigte und Mieter\*innen im Aufsichtsrat der GeWoBau**  
**Vorlage: VO/5129/2016**  
Der Antrag wurde im Haupt- und Finanzausschuss durch die antragstellende Fraktion zurückgestellt.

---

**zu 28 Kenntnisnahmen**

**zu 28.1 Sachstandsbericht Nr. 5 Bauprojekt Erwin-Piscator-Haus**  
**Vorlage: VO/4915/2016**  
Zu dem Sachstandsbericht ist Aussprache angemeldet, die jedoch nicht mehr durchgeführt wird. Auf Wunsch der CDU-Fraktion wird die Vorlage deshalb bis zur Novembersitzung zurückgestellt.

---

**zu 28.2 Kurzbericht über die Aktivitäten des Klimaschutzmanagements von 2013 - 2016**  
**Vorlage: VO/5030/2016**  
Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Kurzbericht über die Aktivitäten des Klimaschutzmanagements zur Kenntnis zu nehmen.

---

**zu 28.3 Klimapartnerschaft mit der Science City of Muñoz**  
**Vorlage: VO/5033/2016**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Kurzbericht über die in 2016

eingegangene Klimapartnerschaft mit der Science City of Muñoz zur Kenntnis zu nehmen.

---

**zu 28.4 Kameradschaft Marburger Jäger ./ Stadt Marburg  
Gedenkstein Bortshausen  
Vorlage: VO/5106/2016**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt das in dem Verwaltungsrechtsstreit Marburger Jäger ./ Stadt Marburg ergangene Urteil des Verwaltungsgerichts Gießen vom 05.09.2016 zur Kenntnis.

---

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Die Stadtverordnetenvorsteherin schließt die Sitzung um 21:45 Uhr.

Wölk  
Stadtverordnetenvorsteherin

Simon  
Vorsitzender  
der SPD-Fraktion

Stötzel  
Vorsitzender  
der CDU-Fraktion

Sprenger  
Protokoll und  
Geschäftsstelle

**Anlagen**

- Antworten auf die Nr. 16 bis 22



## Kleine Anfrage

Nr. 16

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. Oktober 2016

<b>Fragesteller/in:</b>	Dr. Karsten McGovern
<b>Fraktion / Partei:</b>	Bündnis90/Die Grünen

### Frage:

Hat die Betreuungs- und Pflegeaufsicht beim Regierungspräsidium tatsächlich erklärt, dass das "Marburger Modell" in der Altenpflege nicht genehmigungsfähig sei, auf welcher Rechtsgrundlage außer dem Hessischen Betreuungs- und Pflegegesetz könnte diese Aussage, die in der Vorlage VO/5112/2016 erwähnt ist, beruhen und was hat der Magistrat unternommen, um diese rechtliche Einschätzung zu überprüfen?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	Marburger Altenhilfe St. Jakob
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Spies

### Stellungnahme/Antwort:

Die Stellungnahme der Betreuungs- und Pflegeaufsicht wird dem Sozialausschuss mit dem Bericht zugeleitet. Die gemeinsame Nutzung der Funktions- und Sanitärräume (Pflegebad) durch die konventionellen 32 Pflegezimmer und zugleich durch die neu entstehenden 48 Hausgemeinschaftsplätzen- ich zitiere - "wird hier kritisch gesehen. Grundsätzlich steht eine gemeinsame Raumnutzung, wie sie den hier vorgelegten Grundrissplanungen zu entnehmen ist, einer zu fordernden stringenten strukturellen und organisatorischen Trennung beider Konzepte entgegen, da sowohl Bewohner als auch Mitarbeiter den Bereich der stationären Hausgemeinschaften regelmäßig betreten müssen...Zu bedenken ist auch der mit der Planung verbundene organisatorisch unterschiedliche Personaleinsatz...Es könnte damit der Eindruck geweckt werden, dass einer '2 Klassen-Gesellschaft' Vorschub geleistet wird."

Eine weitere rechtliche Überprüfung hat nicht stattgefunden, da die vorgetragenen Argumente nachvollziehbar waren. Stattdessen wurden aufgrund der Ergebnisse der Betreuungs- und Pflegeaufsicht zwei Modelle entwickelt, die nach Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zu prüfen sein werden. Sie sollen im weiteren Verlauf in enger Abstimmung mit der Betreuungs- und Pflegeaufsicht und dem RP entwickelt werden.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Kleine Anfrage

Nr. 17

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. Oktober 2016

<b>Fragesteller/in:</b>	Alexandra Klusmann
<b>Fraktion / Partei:</b>	SPD

### Frage:

Inwiefern sind der Universitätsstadt Marburg die baulichen Mängel der Kindertagesstätte auf dem Vitosgelände bekannt? Wenn sie bekannt sind, welche wurden behoben und in welchem Zeitrahmen werden die Mängel behoben?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 65 - Hochbau
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Dr. Kahle

### Stellungnahme/Antwort:

Bei einem Neubau bzw. einem Bauvorhaben dieser Größenordnung ist es nicht ungewöhnlich, dass nach Abschluss Mängel zu beklagen bzw. zu beseitigen sind. Insbesondere bei einem Bau, der von Seiten der Beiräte hohe Denkmalschutzerwartungen und gestalterische Ansprüche erfüllen muss, sind oftmals bautechnisch aufwändige Lösungen erforderlich. Nach Baufertigstellung und Bezug sind zahlreiche kleinere und größere Mängel behoben worden.

Teilweise lagen diese Mängel in der Verantwortung der beteiligten Planer und ausführenden Firmen. Beispielsweise Änderungen der Lüftungsauslässe aufgrund von Zugscheinungen, Änderungen der Heizungsanlage, da teilweise Räume nicht ausreichend warm wurden. Teilweise handelt es sich um zusätzliche ergänzende Maßnahmen, wie z.B. Montage von zusätzlichen Türstoppeln, Montage von fehlenden Klemmschutzvorrichtungen, Ergänzung des Fliesenbelages in der Kapelle u.a.. Die noch bestehenden Mängel sind den zuständigen Fachdiensten Hochbau, Kinderbetreuung und Stadtgrün bekannt. Es haben bereits mehrere Termine mit den Vertretern der Einrichtung stattgefunden, um den Status der Mängelbeseitigung zu erheben und die weiteren Maßnahmen miteinander ab zu stimmen. Derzeit werden Angebote eingeholt für weitere Ergänzungsmaßnahmen. Die Ausführung soll bis Ende 2016 erfolgen.

Bezüglich der Defizite beim sommerlichen Wärmeschutz (Innenraumtemperaturen teilweise zu hoch) und den zu steilen Galerietreppen werden die verantwortlichen Planer mit Mängelanzeigen versehen. Bauliche Änderungen in diesem Bereich werden erst in 2017 umsetzbar sein.

Dr. Franz Kahle  
Bürgermeister

**Kleine Anfrage**  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. Oktober 2016

**Nr. 18**

<b>Fragesteller/in:</b>	Dr. Elke Neuwohner
<b>Fraktion / Partei:</b>	Bündnis90/Die Grünen

**Frage:**

Ist dem Magistrat bekannt, ob es im Raum Marburg im letzten Jahr zu Infektionen von Menschen mit Hunde- oder Fuchsbandwurm (insbesondere nach dem Genuss von Waldbeeren) gekommen ist und inwieweit es einen Befall der heimischen Waldtiere mit diesen Bandwürmern gibt?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 32 - Gefahrenabwehr und Gewerbe
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Spies

**Stellungnahme/Antwort:**

Im vergangenen Jahr gab es nach Auskunft des Gesundheitsamtes Marburg keine gemeldeten Infektionen von Menschen mit dem Hunde- oder Fuchsbandwurm. Da dieser allerdings nicht meldepflichtig ist, sind Infektionen nicht völlig ausgeschlossen.

Zur Stärke des Befalls der heimischen Waldtiere können keine Angaben gemacht werden. Eine Nachfrage beim Hessischen Landeslabor in Gießen ergab, dass im Jahr 2015 keine Füchse untersucht wurden. Seit 2012 wurden dort insgesamt 14 Füchse untersucht von denen 10 mit dem Fuchsbandwurm befallen waren. Die Zahlen beziehen sich allerdings auf den Landkreis Marburg-Biedenkopf und sind gesondert für die Stadt Marburg nicht zu ermitteln.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Kleine Anfrage

Nr. 19

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. Oktober 2016

<b>Fragesteller/in:</b>	Dr. Elke Neuwohner
<b>Fraktion / Partei:</b>	Bündnis90/Die Grünen

### Frage:

Welches Konzept verfolgt der Magistrat, um in der Zukunft den Bolzplatz an der Brüder-Grimm-Schule auch in den Ferien (vor allem den Sommerferien) für die Kinder geöffnet und damit bespielbar zu halten?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 40 - Schule
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Stadträtin Dr. Weinbach

### Stellungnahme/Antwort:

Der Magistrat arbeitet an keinem neuen Konzept im Hinblick auf die Nutzungszeiten des Bolzplatzes an der Brüder-Grimm-Schule. Der Bolzplatz kann Montag bis Samstag in der Sommerzeit bis 20:00 Uhr und in der Winterzeit bis 19:00 Uhr genutzt werden. Aus Gründen der Rücksichtnahme auf unmittelbare Anwohner ist das Ballspielen in den Abendstunden und an Sonn- und Feiertagen nicht möglich. Diese Regelung gilt für eine Reihe weiterer Schulhöfe an Marburger Schulen und das auch unabhängig von Schul- oder Ferienzeiten.

Dr. Kerstin Weinbach  
Stadträtin

**Kleine Anfrage**  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. Oktober 2016

**Nr. 20**

<b>Fragesteller/in:</b>	Jens Seipp
<b>Fraktion / Partei:</b>	CDU

**Frage:**

Fand in den letzten Tagen eine Informationsveranstaltung zur Sanierung der Weidenhäuser Brücke statt?

Haben an dieser Veranstaltung städtische Mitarbeiter/innen teilgenommen und wer war zu dieser Veranstaltung eingeladen?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 66 - Tiefbau
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Dr. Kahle

**Stellungnahme/Antwort:**

Auf Einladung der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen hat am 27.09.2016 ein Besichtigungstermin an der Weidenhäuser Brücke stattgefunden. An diesem Ortstermin nahmen auch die Ortsvorsteherinnen Altstadt, Campus-Viertel und Südviertel sowie Ortsbeiratsmitglieder aus den genannten Ortsbeiräten sowie dem Ortsbeirat Weidenhausen teil.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hatte gebeten, von der Stadtverwaltung vor Ort die massive Schadenslage an der Brücke und die Sanierungsplanungen erläutert zu bekommen. Wie bei Anfragen von Fraktionen üblich, wurde eine solche Besichtigung ermöglicht. Neben dem Baudezernenten haben der Sachbearbeiter für die Weidenhäuser Brücke und der Fachdienstleiter Tiefbau an dem Termin teilgenommen.

Wir konnten den Teilnehmerinnen und Teilnehmern das rasante Fortschreiten der Salz- und Frostschäden als auch den die Standfestigkeit gefährdenden Längsriss eindrucksvoll zeigen.

Ferner haben wir die voraussichtlichen Baukosten von ca. 6 Mio. Euro und die bewilligten Zuschüsse von ca. 3 Mio. Euro erläutern können.

Den Einladungskreis hat die einladende Fraktion bestimmt.

Magistrat und Stadtverwaltung unterstützen Fraktionen und ggf. auch einzelne Stadtverordnete sowie Ortsbeiräte gerne im Rahmen des vertretbaren bei Ortsterminen. Anfragen sollten diesbezüglich immer an die zuständigen Dezernenten gerichtet werden.

Dr. Franz Kahle  
Bürgermeister

**Kleine Anfrage**  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. Oktober 2016

**Nr. 21**

<b>Fragesteller/in:</b>	Tanja Bauder-Wöhr
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

**Frage:**

Kann der Magistrat der Stadt Marburg bitte Auskunft erteilen, welche Informationen ihm vorliegen, was nach Umzug der Psychiatrischen Klinik auf die Lahnberge am alten Standort geschehen soll, liegen konkrete Planungen vor?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FB 6 - Planen, Bauen, Umwelt
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Dr. Kahle

**Stellungnahme/Antwort:**

Seitens des Rhön-Klinikums und der Philipps-Universität gibt es Bestrebungen, den Klinikstandort Lahnberge – ausgehend von einem neuen Ambulanzzentrum – zukunftsfähig weiter zu entwickeln.

Mit Rhön-Klinikum und Universität besteht Einvernehmen, dass diese Entwicklung in einem Masterplan dazustellen ist.

Im Rahmen dieser Überlegungen werden seitens des Klinikums auch die Ortenbergstandorte Psychiatrische Klinik und Zahnklinik mit einbezogen.

Für den Standort Lahnberge bedeutet dies die Erstellung eines verbindlichen Masterplanes, der die Grundlage für alle weiteren Planungs- und Realisierungsschritte darstellt. In diesem Zusammenhang wird man sich auch von Seiten der Stadt mit den dann gegebenen Perspektiven der Ortenbergstandorte auseinandersetzen müssen.

Entsprechende Gespräche mit den Nutzungsberechtigten (Land Hessen, Universität) wären im jetzigen Stadium noch verfrüht.

Dr. Franz Kahle  
Bürgermeister

**Kleine Anfrage**  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. Oktober 2016

**Nr. 22**

<b>Fragesteller/in:</b>	Tanja Bauder-Wöhr
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

**Frage:**

Kann der Magistrat der Stadt Marburg bitte Auskunft erteilen, ob nach nun mehr 2 Jahren nach Beschlussfassung der Beschluss: „die Stadtverordnetenversammlung fordert die Stadtwerke Marburg GmbH auf, die provisorischen Dixi-Toiletten auf den Lahnbergen (Haltestelle Uniklinikum) abzubauen und durch fest installierte Toilettenanlagen für das Fahrpersonal zu ersetzen" umgesetzt wurde?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	Stadtwerke Marburg
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Dr. Kahle

**Stellungnahme/Antwort:**

Die Toilette steht. Allerdings müssen noch die Anschlüsse installiert werden. Die Toilette ist voraussichtlich Ende nächster Woche benutzbar.

Dr. Franz Kahle  
Bürgermeister